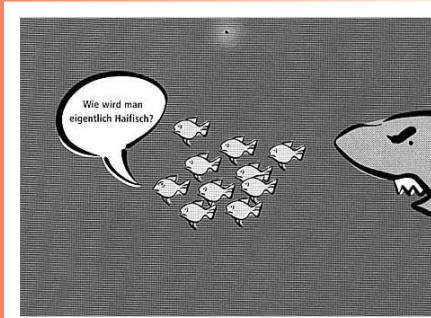


# Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



**Niedriglohn, Kombilohn und  
„angemessener Wohnraum“  
als neue soziale Standards**  
4



**Wohnen,  
Mieten,  
Wohnungslosigkeit**  
12



**Dokumentiert:  
Das Daimler Chrysler  
Gesamtpaket**  
15



**Amerikanischer Architekt  
untersucht Münchens Umgang  
mit seiner NS-Geschichte**  
19



## Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK  
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

**Herausgegeben vom:** Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

**Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:**

**Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung:** Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

**Regionales / Gewerkschaftliches:** Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/ 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

**Diskussion / Dokumentation:** Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

**In und bei der PDS:** Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

**Termine:** Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

**Verlag:** GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 1,80 € Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 € Sozialabo: 46,80 € Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

**Druck:** GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

## Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ..... Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Kto-Nr. ....

BLZ: .....

Bank: .....

Unterschrift: .....

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

## Rot-Grünes zur Bürgerversicherung

*Handelsblatt, 21.7. rül.* Nach der Sommerpause wollen SPD und Grüne ihre Vorstellungen für einen Umbau der Krankenversicherung zur „Bürgerversicherung“ vorlegen. „Wenn wir alle Einkunftsarten beitragspflichtig machen, alle Bürgerinnen und Bürger einbeziehen und ein Familiensplitting einführen, können wir den Kassenbeitrag um bis zu drei Prozent senken und die Unternehmen entlasten“, behauptet Christa Sager, Vorsitzende der Bundestagsfraktion der Grünen. Vorerst gibt es offenbar noch viele offene Fragen. Offen soll unter anderem noch sein, wie und ob Arbeitgeberbeitrag eingefroren wird. Auch die Beitragsbemessungsgrenze ist offen. Bisher gilt in der Krankenversicherung eine Bemessungsgrenze von 3.487,50 Euro, bei der Rentenversicherung 5.150 Euro. Allein durch Anhebung der Bemessungsgrenze auf diese Höhe könnte der Beitrag zur Krankenversicherung um 0,9 Prozent sinken. Bei Miet- und Zinseinnahmen soll ein Freibetrag gelten, so dass geringe Zins- oder Mieteinkommen nicht herangezogen werden. Unklar ist auch, in welchem Zeitrahmen Beamte, Selbständige und privat Versicherte einbezogen werden bzw. eintreten dürfen. SPD und Grüne rechnen mit erheblichen Übertritten, vor allem von älteren Privatversicherten und solchen mit Kindern. Ende August / Anfang September sollen auf einer Kabinettsklausur strittige Fragen geklärt werden. Die Ausweitung der Krankenversicherung auf eine breitere Basis sei eine „zentrale Gerechtigkeitsfrage, vor der sich die Union drückt“, so Christa Sager.

## Schweizer Kopfpauschalen kein „Exportschlager“

*Handelsblatt, 16.7. rül.* „Die Einführung der Kopfpremie hat uns einen Rattenschwanz von Problemen beschert“, warnt das Schweizer „Management Health Institute“ deutsche Politiker vor der Übernahme des Schweizer Modells. Seit 1996 besteht in der Schweizer Krankenversicherung das Modell der Kopfpauschalen. Gegenüber dem vorher bestehenden System privater Versicherungen mit Beiträgen nach Gesundheitsrisiko und dem Recht der Kassen, Versicherte abzulehnen, sei das sozialer und solidarischer gewesen. Aber inzwischen wachsen die Probleme. So sind die Prämien von monatlich durchschnittlich 188 Franken im Jahr 1997 auf 280 Franken im Jahr 2003 gestiegen. Hinzu kämen die im Vergleich zu Deutschland sehr viel teureren Zuzahlungen, bis 1.000 Franken im Jahr. Die verbleibenden Gesundheitskosten von ca. einem Drittel werden vom Staat aus Steuermitteln beglichen. Insgesamt soll das neue System auch die Mittelschicht erheblich belasten. Die für Gesundheit zuständige Bundesrätin vermutet „fatale Auswirkungen“ der Kopfpremien auf

den Konsum und das wirtschaftliche Wachstum der Schweiz und rät: „Wenn Deutschland etwas von uns importieren will, soll es sich an unsere gute Schokolade halten.“

## Genossenschaftswohnen in die geförderte Altersvorsorge einbeziehen

*GdW, 21.7. scc.* Anlässlich des 80. Jahrestages der Gründung des Hauptverbandes Deutscher Baugenossenschaften (1924 wurden erstmals alle Prüfungsverbände der Wohnungsbaugenossenschaften zu einer Spitzenorganisation zusammengeschlossen) forderte der GdW – Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen die Bundesregierung auf, die Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für genossenschaftliches Wohnen zu verbessern. Ende April hatte die Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften eine 720 Seiten starke Bestandsaufnahme der rund 2000 Wohnungsgenossenschaften in Deutschland erstellt und darauf aufbauend 60 Empfehlungen ausgesprochen. Einige griff der GdW jetzt auf: So solle die private Altersvorsorge mit dem genossenschaftlichen Wohnen verbunden werden. Die Bundesregierung solle ein Modell schaffen, dass das Ansparen zusätzlicher Genossenschaftsanteile für die Senkung der Wohnkosten im Alter ermögliche. Der Erwerb dieser zusätzlichen Anteile sollte staatlich gefördert und mit der Riester-Förderung verzahnt werden. Für die Wohnungsgenossenschaften eröffnete das eine Quelle zur Beschaffung von Eigenkapital. Außerdem forderte der GdW eine Klarstellung: Gegenwärtig legen die Finanzbehörden § 38 des Körperschaftsteuergesetzes so aus, dass die Rückzahlung von Geschäftsguthaben an ausscheidende Genossenschaftsmitglieder der Körperschaftsteuer unterliegt. Das bedrohe einzelne Genossenschaften unmittelbar und viele andere mittelbar in ihrer Existenz.

## Eingriff in die kommunale Jugendhilfe geplant

*Heute im Bundestag, 21.7. alk.* „Mit Sorge“ betrachte die Bundesregierung den Anstieg der Kosten für die Jugendhilfe in den vergangenen Jahren, der die Kommunen und Kreise als Träger der öffentlichen Jugendhilfe „an die Grenzen ihrer finanziellen Belastbarkeit gebracht“ hat. Diese „Sorge“ ist geheuchelt, schließlich hat diese Bundesregierung wie ihre Vorgängerin Gesetze (Anspruch auf Kinderbetreuung z.B.) beschlossen, den Gemeinden aber keine finanziellen Mittel dafür bereitgestellt.

Die Anfrage kam aus der FDP (Drucksache: 15/3523) und hatte die Antwort (Drs. 15/3606) schon nahe gelegt: es sei angesichts dieser Entwicklung unvermeidlich, auch das Leistungsspektrum der Kinder- und Jugendhilfe sowie die Kostenbeteiligung der Leistungsberechnen

tigten und die Praxis der Jugendämter vor Ort auf den Prüfstand zu stellen. Dann heißt es weiter: Kurskorrekturen des Gesetzgebers sollten aber nicht in erster Linie (aber eben doch auch) durch eine Reduzierung des Leistungsprogramms der Kinder- und Jugendhilfe, sondern über andere Wege der Leistungskonzentration und eine angemessene Kostenbeteiligung erfolgen. Schließlich kommt noch das bewährte Mittel der Sozialleistungskürzer: höhere Eigenbeteiligung von Eltern (der „einkommensstarken“, wie es heißt). Und: Auch die Vereinfachung und Deregulierung der Verwaltung könne Kosten dämmen. Die Regierung habe einen Entwurf zum Tagesbetreuungsausbaugesetz entwickelt, in dem sie Vorschläge aufnimmt, die von den Ländern, den kommunalen Spitzenverbänden oder anderen Fachorganisationen unterbreitet worden seien.

## EU-Verfahren wegen Diskriminierung

FAZ, 20.7.04.hav. Die EU-Kommission hat ein Verfahren gegen die BRD und vier weitere Mitgliedstaaten eingeleitet, welche die EU-Bestimmungen zur Bekämpfung der Rassendiskriminierung und zur Gleichbehandlung am Arbeitsplatz nicht rechtzeitig in nationales Recht umgesetzt haben. Die säumigen EU-Staaten haben zwei Monate Zeit, um auf das Mahnschreiben zu reagieren. Passiert nichts, gibt es eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof. Die Übergangsfrist für die Antidiskriminierungsrichtlinie war vor einem Jahr ausgelaufen. Sie verbietet im Berufs- und Geschäftsleben, im Bildungswesen und Sozialschutz jede Diskriminierung aufgrund der Rasse. Die Richtlinie für die Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf soll eine Benachteiligung wegen des Alters, der Behinderung, Religion, Weltanschauung oder sexuelle Orientierung verhindern. Die Kommission bemängelte, dass bisher nicht mal ein Gesetzentwurf vorliege. In der Bundesregierung wird schon seit der letzten Legislaturperiode an dem Gesetz gearbeitet. Aber SPD und Grünen haben unterschiedlich Vorstellungen über die Umsetzung der EU-Richtlinie. Die Grünen sind für weitgehende Umsetzung, die SPD spricht dagegen.

## Frankreich fordert europäische Wirtschaftsregierung

FAZ, 14.7. hav. Der Gouverneur der französischen Notenbank Banque de France, Noyer hat sich dafür ausgesprochen, die Befugnisse der Euro-Gruppe auszuweiten. „Die Euro-Gruppe sollte in der Finanzpolitik und bei den Strukturreformen größeren Einfluss erhalten.“ Er plädierte für größere Politikharmonisierung in diesen Bereichen um Strukturreformen für eine Haushaltskonsolidierung voranzubringen. „Dafür brauchen wir eine europäischen Wirtschaftsregierung“. Hier greift er die Position auf, die schon



**Italienische „Militärinternierte“ bleiben von Entschädigung ausgeschlossen:** BVerfG 13.7.04. scc. Das Bundesverfassungsgericht hat eine Verfassungsklage ehemaliger italienischer Kriegsgefangener nicht zugelassen und damit die Entschädigungsansprüche dieser Opfergruppe des faschistischen Deutschlands abgelehnt. Die Kläger hatten sich gegen den Ausschluss so genannter italienischer „Militärinternierter“ aus dem Anwendungsbereich des Stiftungsfonds für NS-Zwangsarbeit gewandt. Das Stiftungsgesetz verweigert dieser gesamten Personengruppe eine Entschädigung, weil die „Militärinternierten“ Kriegsgefangene seien. Das Bundesverfassungsgericht hält den Ausschluss für verfassungskonform und vertritt, dass die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs (Haager Landkriegsordnung) grundsätzlich keinen individuellen Entschädigungsanspruch begründeten. Der AK Distomo kritisiert das Urteil, weil es den Umstand ignoriert, dass die Nazis selbst den seinerzeit Deportierten den Status von Kriegsgefangenen verweigerten. Ihre Behandlung durch die deutsche Reichsregierung stellte einen gravierenden Bruch des damals geltenden Völkerrechts dar. Es war ein Kriegsverbrechen. Ferner macht der AK Distomo darauf aufmerksam, dass das Haager Abkommen vor allem dem Schutz der Rechte Einzelner während Krieg und Besatzung diene und dient, einschließlich der Möglichkeit, bei Verletzung solcher Rechte vor Gericht zu gehen und ggf. Schadensersatz einfordern zu können. Die Auffassung des Gerichts sei deshalb falsch und völkerrechtswidrig. Bild: Italienische Zwangsarbeiter beim Eisenbahnbau.

der französische Wirtschafts- und Finanzminister Sarkozy kürzlich geäußert hat. Zurückhaltender äußerte sich der Präsident der Bundesbank, Weber gegenüber der FAZ. Eine verstärkte Koordination der Euro-Gruppe dürfe nicht dazu führen, die Notenbank in eine Vorab-Abstimmung der nationalen Wirtschaftspolitiken einzubinden. Die informelle Euro-Gruppe setzt sich aus des Finanzministern der zwölf Euro-Teilnehmer-Staaten zusammen.

## Feindstaatenklausel und Sicherheitsratsitz

FAZ, 15.7. maf. Die VR China äußerte jüngst gegenüber BRD-Außenminister Fischer Wohlwollen für das Bestreben der BRD nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat. Im Gegenzug wird sich die Bundesregierung trotz Einwänden der USA für ein Ende des Waffenembargos gegen China einsetzen. Ferner wird Indien die Bewerbung der BRD unterstützen; Indien strebt einen solchen Sitz ebenfalls an. Im Feuilleton der selben Ausgabe vermerkt die FAZ, dass es in der

Satzung der UNO immer noch den Artikel 53 gäbe, der in Verbindung mit Artikel 107 dazu führen werde dass „die Bundesrepublik wohl irgendwann Mitglied des obersten Gremiums einer Organisation (wird), die sich für den Fall einer neuen Gefahr eine Intervention auf dem Territorium ebendieses Mitglieds vorbehält, das dann zwar im Sicherheitsrat vertreten, gerade in diesem Fall aber ohne Vetorecht wäre.“ Der Feuilletonist bemerkt, dass sich auf jene Artikel „noch kürzlich der polnische Staatspräsident Kwasniewski bezogen (habe), um die Vertreibungen zu rechtfertigen“. Der FAZ wenigstens ist also der Zusammenhang jener Forderungen der Bundesregierung zur politischen Ordnung in der Mitte Europas durchaus klar. Nachtrag: Am 19.7. heißt es dann in einer weiteren Meldung ohne Quellenangabe, dass die Regierung zwar „wild“ entschlossen sei, ihre Forderung durchzusetzen, dass aber lediglich ein Sitz ohne Veto-Recht zur Debatte stehe. Die FAZ fordert die Regierung zu einer Klarstellung auf.

Zusammenstellung: alk



# Niedriglohn, Kombilohn und „angemessener Wohnraum“ als neue soziale Standards

Selten hat ein Gesetz so starke soziale Ängste ausgelöst wie die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und die Schaffung des Arbeitslosengeldes II. Die Befürchtungen sind zu erheblichen Teilen verständlich. Bisherige Lebensplanungen werden tief erschüttert. Das Gesetz nimmt Eingriffe in Rücklagen vor. Sparvermögen von mehr als 200 Euro je Lebensjahr muss zum Beispiel verbraucht werden. Die Behörden werden ermächtigt, in einem weitgehenden Umfang persönliche Dinge zu erfragen und in der Folge dann auch die persönliche Lebensführung von ALG-II-Beziehern in einem bisher nicht gekannten Ausmaß zu bestimmen. Einer beachtlichen Zahl von Menschen droht dabei der dauerhafte Absturz in Armut. Für diese Menschen ist in Zukunft buchstäblich jede Arbeit zumutbar. Wer als ALG-II-Bezieher einen Niedriglohn-Job ablehnt, wird mit Sanktionen bestraft. Die soziale Polarisierung der Gesellschaft wird so weiter vertieft. Es ist kein Zufall, dass zeitgleich am 1. Januar

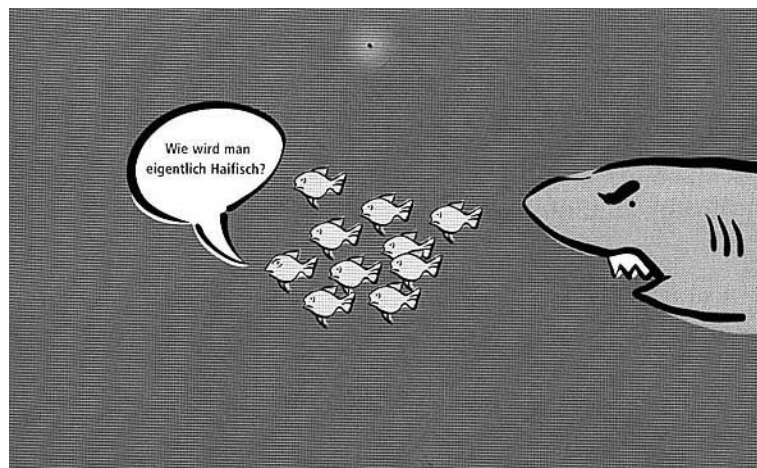
2005 auch die nächste Steuersenkung für Spitzenverdiener in Kraft tritt. Die Manager von Daimler-Chrysler werden dann vielleicht brutto weniger erhalten, aber netto – dank Senkung des Spitzensteuersatzes von 45 auf 42 Prozent – vermutlich genauso viel wie vorher.

Der Zynismus, mit dem jetzt von Regierungsseite, aber auch aus Kreisen der Wohlfahrtsverbände Hunderttausende von Jobs im Niedriglohnbereich, herunter bis zu kommunaler Beschäftigung zu 1 bis 2 Euro in der Stunde, angekündigt werden, dürfte die Erschütterung der Menschen nicht geringer machen. Machen solche Ankündigungen doch deutlich, dass Billiglohnjobs in Zukunft kein vorübergehendes Schicksal in besonderer Not mehr sein sollen, sondern dauerhafte Lebenslage für Millionen Menschen.

Damit aber werden grundsätzliche Fragen neu aufgeworfen. Die Millionen Minijobber sind schon jetzt ausgeschlossen aus der Arbeitslosenversicherung. Saisonbeschäftigte und andere prekär Beschäftigte in der Landwirtschaft, im Hotel- und Gaststättengewerbe und der Nahrungsmittelindustrie, im Medienbereich und anderswo werden ab 2006 in die gleiche Lage geraten. Ein Minijobber „erwirbt“ durch seine Rentenbeiträge pro Jahr Anspruch auf monatlich etwa 5 Eu-

ro Rente. Leben im Minijob heißt also auch: sichere Altersarmut. Ist das noch vereinbar mit unserer Vorstellung von Menschenwürde?

Die Bundesregierung hatte 2001 in ihrem „Ersten Armuts- und Reichtumsbericht“ (Drucksache 14/5990) die Definition von Armut in der 1984 vom Rat der EU beschlossenen Form übernommen. Danach gelten Personen, Familien und Gruppen als arm, „die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise



ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist.“ (ebenda, Seite 28)

„Selbstbestimmtes Leben“ bedeutet bisher: Leben aus eigener Kraft, durch eigene Arbeit, ohne staatliche Alimentierung und Gängelung. Mit Minijob, Ich-AG, Niedriglohn und Kombilohn ist das nicht möglich. Die gesamte Gesellschaft wird autoritärer. Wer will das und warum?

All das zeigt: Hartz IV und damit verbundene Gesetze, auch die Anfang 2006 in Kraft tretende Verkürzung der Dauer des Arbeitslosengelds, mit der regulär Beschäftigte, wenn sie älter und arbeitslos werden, binnen 12 Monaten auf „Hartz IV“ absinken, sind eine tiefgreifende Umwälzung. Die Erschütterungen und Diskussionen, die sie auslösen, sind berechtigt.

Deswegen erwägen verschiedene Betroffene gegen das Gesetz beim Verfassungsgericht zu klagen und finden hierfür zum Beispiel bei der PDS Unterstützung. Die PDS macht eine Kampagne gegen „Hartz IV“ mit dem Ziel, das Gesetz zu kippen, ist aber klug genug, in den Kommunen und Ländern für eine soziale Umsetzung des Gesetzes zu kämpfen. Denn selbst wenn einzelne Bestandteile des Arbeitsmarktgesetzes vor dem Verfassungsgericht hinfällig würden, an dem

Gesamtzweck wird bestimmt nicht gerüttelt.

Was ist dieser Gesamtzweck? Bislang hat die Politik eine beschäftigungslose Reservearmee von etwa fünf oder sechs Millionen Menschen hingenommen in der Hoffnung, irgendwann werde die Konjunktur den größeren Teil wieder als Produktionsfaktor nutzbar machen. Nachdem wirklich über ein Jahrzehnt sich diese Hoffnung nicht erfüllt hat, steht fest: In den neuen Ländern wird absehbar kein solches Wachstum stattfinden und

auch in der Mehrzahl der westlichen Bundesländern bleiben inzwischen in erheblichem Umfang Menschen über lange Zeit ohne Beschäftigung. Brachliegende Produktionsfaktoren in einem großen Umfang sollen verwertet werden. Auf dem „normalen“ Arbeitsmarkt findet eine solche Verwertung nicht statt. Die Idee ist jetzt, eine solche Verwertung in einem „Niedriglohnsektor“ durchzuführen. Dazu dienen die einzelnen Maßnahmen des vierten Gesetzes

für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt.

## ALG II: Reservearmee neuen Typs

Sozialhilfe in der alten Form, aber mit dem neuen Namen „Sozialgeld“, gibt es künftig nur noch für „Nichterwerbsfähige“. Das sind Menschen, die entweder schon das Rentenalter erreicht haben oder dauerhaft, d.h. mehr als sechs Monate lang, nicht in der Lage sind, mehr als drei Stunden am Tag irgendeine Arbeit auszuüben. Praktisch gemeint sind damit schwer kranke Menschen, z.B. Suchtkranke, Schwerbehinderte usw. Bei allen anderen wird die „Zuführung zum Erwerb“ in den Vordergrund gestellt, sie kommen in ALG II. Die Regierung erwartet, dass von den derzeit etwa 3 Millionen Sozialhilfeempfängern im erwerbsfähigen Alter etwa die Hälfte als „erwerbsfähig“ eingestuft wird. Zusammen mit den ca. 2 Millionen Beziehern von Arbeitslosenhilfe wären das 3,5 Millionen Menschen, die ALG II beziehen.

Tatsächlich aber werden deutlich weniger Menschen in den „Genuss“ von ALG II kommen. Denn zeitgleich treten schärfere Anrechnungsvorschriften beim Partnereinkommen in Kraft. Nur Familien, die so arm sind, dass sie früher Sozialhilfe erhalten hätten, können mit ALG II rechnen. Wer noch einen Partner

Beispiele für die Kombination von ALG II plus Unterkunft mit geringfügiger Beschäftigung

Art des Einkommens	Alleinstehend und arbeitslos	Alleinstehend und Minijob	Alleinstehend und 2 Minijobs	Alleinerziehend, 1 Kind (4 Jahre), arbeitslos	Alleinerziehend, 1 Kind (4 Jahre), Geringverdiener	Paar, 2 Kinder (4/12 J.), arbeitslos	Paar, 2 Kinder (4/12 J.), Geringverdiener
ALG II Regelleistung	345,00	345,00	345,00	345,00	345,00	622,00	622,00
Unterkunft und Heizung	317,00	317,00	317,00	414,00	414,00	526,00	526,00
Mehrbedarf Alleinerziehend				124,00	124,00	0,00	0,00
Regelleistung Kinder	0,00	0,00	0,00	207,00	207,00	464,00	464,00
anzurechnen Kindergeld				-154,00	-154,00	-308,00	-308,00
anzurechnen vom Einkommen	0,00	-340,00	-620,00	0,00	-690,00	0,00	-945,00
Auszahlung Alg II + Unterk.	662,00	322,00	42,00	936,00	246,00	1.304,00	359,00
Nettoeinkommen aus Arbeit	0,00	400,00	800,00	0,00	900,00	0,00	1.200,00
Kindergeld				154,00	154,00	308,00	308,00
Gesamtnettoeinkommen	662,00	722,00	842,00	1.090,00	1.300,00	1.612,00	1.867,00
ohne Wohnkosten	345,00	405,00	525,00	676,00	886,00	1.086,00	1.341,00

Die Rechenbeispiele basieren auf den Berechnungen in einer Broschüre des Wirtschaftsministeriums „Erste Basisinformationen zur Grundsicherung für Arbeitsuchende“. Unsere Beispiele beschränken sich auf die alten Bundesländer, für die neuen Bundesländer gelten niedrigere Werte. Aus der Broschüre stammen auch die Angaben für Unterkunft und Heizung, es soll sich um Durchschnittswerte handeln; regionale Abweichungen nach oben oder unten sind aber zulässig. Die Auszahlungen ALG II sind ohne die Zuschläge, die es in den ersten zwei Jahren des Bezugs von ALG II gibt. Die Anrechnung des Einkommens geschieht wie folgt: Vom Bruttoeinkommen werden Steuer, Sozialversicherung, Werbungskosten abgezogen. Von diesem Nettoeinkommen bleiben von den ersten 400 Euro 15% anrechnungsfrei; vom Nettoeinkommen zwischen 400,01 Euro bis 900 Euro bleiben 30% anrechnungsfrei und vom Einkommen zwischen 900,01 und 1500 Euro bleiben wieder 15% ohne Anrechnung. Bisher war bei Sozialhilfebezug die Maximalhöhe des Zuverdienstes bei 691 Euro, was vor allem bei Familien die Arbeitsaufnahme in geringfügiger Beschäftigung völlig uninteressant machte. Dagegen entfällt der bisherige Grundfreibetrag von 165 Euro, bis zu dem Arbeitslose anrechnungsfrei dazuverdienen durften.

in regulärer Beschäftigung hat, hat in der Regel keine Aussicht auf ALG II. Insgesamt erwartet die Regierung, dass 565.000 Personen, die bisher Arbeitslosenhilfe erhielten, künftig keinen Cent erhalten. Weiteren 980.000 Personen wird die Arbeitslosenhilfe (53% vom alten Nettolohn) drastisch gekürzt (Bundestagsdrucksache 15/1279, DGB-Berechnungen). Im Ergebnis erwartet die Regierung eine Verringerung der Ausgaben für diese ohnehin arme Personengruppe um 3,2 Milliarden Euro jährlich.

Viel Peitsche, wenig Zuckerbrot: Scharfe Drohungen erzwingen Arbeitsaufnahme

Wer ALG II bezieht, muss „jede Arbeit“ annehmen. Ausgeschlossen sind nur solche Jobs, die von den Arbeitsgerichten als „sittenwidrig“ eingestuft werden. „Sittenwidrig“ heißt: mehr als 30 Prozent unter „ortsüblichem“ Lohn. Wo Jobs bisher „ortsüblich“ mit 4 bis 5 Euro die Stunde bezahlt wurden, wären damit nur Löhne unterhalb von 2,80 Euro „sittenwidrig“. Zu Recht fürchten die Gewerkschaften, dass das neue Gesetz eine Spirale nach unten auslöst, und fordern einen gesetzlichen Mindestlohn.

Unsere Berechnungsbeispiele in der Tabelle deuten die Richtung an, in die die Regierung mit Hartz IV will. Nach Abzug der Unterkunftskosten (die Haken bei den Wohnungskosten siehe Kasten) wird mit 345 Euro im Westen eine Einkommensmarke auf Sozialhilfeshöhe nach unten gesetzt, die Armut bedeutet. Jede Art von Zuverdienst verbessert das Einkommen sofort. In weit geringerem Maße als bisher bei der Sozialhilfe wird ein solcher Zuverdienst angerechnet. Damit entsteht für bisherige Bezieher von Sozialhilfe eine „Belohnung“ für die Annahme solcher geringfügigen, oft auch gering entlohn-ten Beschäftigungen. Wie wenig aber der Gesetzgeber auf den „Zuckerbrot“ charakter dieses Anreizes setzt, zeigen die umfangreichen Maßnahmen, mit denen Verweigerung sanktioniert wird: Kür-

zung der Geldleistungen bis hin zum blo-ßen Bezug von Sachleistungen, Miete be-kommt der Vermieter direkt, Lebens-mittelgutscheine etc.

Die irrige Idee, die dahinter steckt: Mit Zwang sollen Menschen in Arbeit ge-bracht werden, statt mit Anreizen und Belohnung (wozu auch die ordentliche Entlohnung gehört).

Ein Einwand, der oft gebracht wird: Es gibt die Jobs gar nicht, in die der Staat jetzt die Menschen zwingen will. Das muss nicht so bleiben. Der Probelauf, der mit dem Gesetz zum Minijob (relativ un-bürokratisch, mit niedrigen Sätzen pau-schal versichert und versteuert) gemacht wurde, hat zu einer überraschenden Zu-nahme solcher geringfügigen Beschäfti-gung geführt; zum Teil sicher durch Zer-legung von Vollzeitbeschäftigung, aber eben nicht nur. Vor allem Kleingewerbe, Handel, Transportwesen, Reinigungsfir-men könnten Interesse an einem solchen Angebot entwickeln. Jedes Angebot schafft sich seinen Markt, sagt die öko-nomische Wissenschaft. Und das per Ge-setz geschaffene Angebot einer Vielzahl billigster Arbeitskräfte, die jede Arbeit annehmen müssen, wird bestimmt inner-halb kurzer Zeit entsprechende „Ge-schäftsleute“ auf den Plan rufen.

Kommunen sollen die Niedriglohn-Arbeitsmärkte aufbauen

Wo der Markt nicht schnell genug re-agiert, soll Politik nachhelfen. Schon im Oktober, so berichtete das „Handels-blatt“ nach der Kabinettsklausur auf Schloss Neuhardenberg, soll die Bundes-agentur für Arbeit ein Programm begin-nen, um mit Kommunen und Wohlfahrts-einrichtungen mehrere hunderttausend Langzeitarbeitslose rasch in 1- bis 2-Eu-ro-Jobs in Sozialeinrichtungen unterzu-bringen. Im Bereich des Gesundheitswe-sens, bei der Pflege müssten Zivildienst-leistende (billigst) ersetzt werden.

Unter kommunaler Regie lassen sich auch im Bereich der Kinderbetreuung,

der Landschaftspflege und anderswo Billiglohnbereiche aufbauen. Die in die-sen Sektoren bisher zu Tariflöhnen regu-lär Beschäftigten – etwa bei Grünflä-chenämtern – sind vielerorts ohnehin schon lange entlassen.

Allerdings gibt es hier auch Krach von Seiten des Handwerks. Der Bundesver-band Garten-, Landschafts- und Sport-stättenbau etwa beklagt, die Ausweitung öffentlich erwungener Billigstjobs ge-fährde die Existenz seines Handwerks. Auch der Zentralverband des Deutschen Handwerks nennt die mit Hartz IV ein-geführten Kombilöhne „wettbewerbs-verzerrende Dumpinglöhne“. (Handels-blatt, 9.7.2004)

Trotzdem dürften viele Kommunen solche Jobs schnell einführen – zumal sie, wenn das Vorhaben gelingt, die Zuschüs-se für solche Einrichtungen kürzen und/oder die Löhne der bisher zu Tarif Beschäftigten einsparen.

Standards im Niedriglohnsektor

Die Unterkannte, die mit den 345 Euro (plus Unterkunft) gesetzt ist, muss ange-hoben werden, dazu gibt es ja auch schon Forderungen. Der Paritätische Wohl-fahrtsverband zum Beispiel hat schon früh verlangt, den Regelsatz für das Ar-beitslosengeld II über das Niveau der heutigen Sozialhilfe anzuheben, aktuell fordert er eine Anhebung um 10 Prozent. Diese Unterkannte setzt die Maßstäbe für mögliche Entlohnungen.

Auf qualifizierende Elemente bei der Beschäftigung muss geachtet werden. In verschiedenen Kommunen gibt es bereits seit längerem Modellprojekte zur Ein-gliederung jugendlicher Beschäftigungs-loser, bei denen auf Nachholen von Schulbildung, Erlernen einfacher Ar-beitsregeln usw. geachtet wird und die manchmal sogar recht erfolgreich sind. Einfaches Abschieben in Unkrautzupfen oder Bettenschieben in Pflegeheimen schafft keine Perspektiven weder für jün-gere noch für ältere Langzeitarbeitslose.

Ohne solche Aussichten auf ein selbständiges Leben ohne die Abhängigkeit von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe ist aber das ganze Gesetz eine rein brutale Schikane.

Vor allem auf der kommunalen Ebene muss eine solche Praxis entwickelt werden, die den Betroffenen die angedeuteten Perspektiven eröffnet. Das Gesetz ist hier ambivalent, was solche Möglichkeiten betrifft: Trotz des großen öffentlichen Streits zwischen Regierung und Opposition um das sogenannte Optionsmodell der Kommunen (Städte könnten die gesamte Durchführung, also einschließlich der Arbeitsvermittlung übernehmen), wird vermutlich keine einzige Großstadt das jetzt machen, weil die Vorlaufzeit dafür einfach nicht reichte. Ansonsten, sagt das Gesetz, sollen Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeitsamt und Kommunen gebildet werden, mit eigenem Geschäftsführer, die zuständig sind für die Verwaltung – die aber der Kontrolle durch die Gemeinderäte eher entzogen sind, so wenigstens die uns bekannte Praxis in den baden-württembergischen Großstädten.

#### Eine neue Hierarchie der Arbeit?

Auch die soziale Hierarchie der Arbeit, die Differenzen und Spannungen unter den abhängig Beschäftigten werden

durch den systematischen Aufbau eines Niedriglohnssektors, in dem Beschäftigte mit gesetzlichem Druck und der Androhung von Sanktionen in Billigjobs gezwungen werden, erheblich verschärft. Solidarisches Handeln soll noch schwerer werden, das ist das von Konservativen und anderen Befürwortern des Niedriglohnssektors offen eingestandene Ziel. Welche Anstrengungen in Zukunft nötig sind, um die Solidarität der Beschäftigten in einem Betrieb zu wahren, in dem wenige zu Tariflöhnen Beschäftigte ein Dutzend „Billigjobber“ beaufsichtigen und bei der Arbeit einweisen, mag sich jeder selbst ausmalen. Auch der Druck auf die Tariflöhne wird in solchen Bereichen enorm steigen, die Streikfähigkeit sinken.

Dass die soziale Hierarchie in der Arbeitswelt ohnehin steiler geworden ist, macht auch eine Untersuchung deutlich, die das Institut für Arbeit und Technik (IAT) in Gelsenkirchen kürzlich in Berlin vorstellte. Danach sind nicht nur die effektiven Einkommen, sondern auch die durchschnittliche Beschäftigungsdauer von Personen unterschiedlicher Qualifikation in den letzten Jahren weiter auseinandergedriftet.

Bei Beschäftigten mit akademischer Qualifikation stieg die sogenannte „mitt-

lere Überlebensdauer“ in einem neu begonnenen Beschäftigungsverhältnis von durchschnittlich etwa 630 Tagen im Jahr 1976 auf durchschnittlich 730 Tagen im Jahr 1993. Bei Facharbeitern und entsprechend qualifizierten Angestellten stieg die mittlere Beschäftigungsdauer ebenfalls, aber weniger, von etwa 410 auf knapp über 450 Tagen. Bei Personen ohne Ausbildung dagegen sank im gleichen Zeitraum die durchschnittliche Beschäftigungsdauer von etwa 250 auf etwa 200 Tage ab. Das „Heuern und Feuern“ hat bei Beschäftigten mit geringer Qualifikation also ohnehin schon seit langem immer mehr zugenommen. Bei Fachkräften und Akademikern aber ist der Trend bei der Beschäftigungsdauer gleichbleibend bis ansteigend. (Prof. Gerhard Bosch, IAT, Gelsenkirchen, Kommentar zum neuen OECD-Beschäftigungsausblick, Berlin, 13. Juni 2004).

Diese Polarisierung und weitere Hierarchisierung in der Arbeitswelt wird durch Hartz IV zielstrebig weiter vertieft. Am Ende droht dauerhafte Armut und der weitgehende Ausschluss großer sozialer Milieus aus dem, was man so das „gesellschaftliche Leben“ nennt – aus der Teilhabe an Bildung, Reisen, Sport, Kultur und Politik. Den Konservativen passt das ins Konzept. *alk, rül*

## Vom Wohngeld zu „Kosten der Unterkunft“

Minister Clement gab sich empört: „Ich weiß nicht, was einem noch alles einfallen kann, um Menschen in Angst und Schrecken zu jagen“, schimpfte er. Der Anlass für den Zorn des Ministers: Mieterschutzbund und Paritätischer Wohlfahrtsverband hatten vor einer „Gettoisierung in Billigwohnblöcken“ in Folge der Arbeitsmarktreform gewarnt. Sinn und Zweck von ALG II sei, Menschen in Arbeit zu vermitteln, so Clement. Auch NRW-Arbeitsminister Harald Schartau dementierte eilig: „Wir wollen nicht die größte Umzugsaktion in der Geschichte der Bundesrepublik organisieren.“

Das mag sein. Auch der Weg zur Hölle ist bekanntlich mit guten Absichten gepflastert. Deshalb sind die Absichten von Clement, Schartau & Co. das eine. Die Festlegungen in Hartz IV aber sehen anders aus. „Sicher ist ..., dass alle SGB II Bedarfsgemeinschaften von einem System der freien Wohnungswahl mit Anspruch auf Wohngeld in ein System der Abhängigkeit von kommunalen Leistungen mit wahrscheinlichen Begrenzungen und Genehmigungsvorbehalten überführt werden“. So hatte das Mieterforum Ruhr schon im Mai in einem Brief an Clement zu Recht festgestellt.

Sicher ist auch, das berichtete der Berliner „Tagesspiegel“ am 25. Juli: „In Leipzig und Halle halten die Wohnungs-

und Baugesellschaften eigenen Angaben zufolge bereits unsanierte Plattenbauten bereit, sollte es nach Vollzug der Hartz-IV-Reform ab Januar Bedarf geben.“

Regierung und Opposition haben im Vermittlungsverfahren zu Hartz IV Ende letzten Jahres eine gravierende Änderung im Wohngeldgesetz beschlossen. Ab 1. Januar 2005 erhalten alle Empfänger von ALG II, von Leistungen der Grundversicherung im Alter oder von Sozialgeld und alle Asylbewerber keinen Cent Wohngeld mehr.

Für Bezieherinnen von ALG II gilt stattdessen: Sie erhalten über die Agentur für Arbeit, aber finanziert von Städten und Gemeinden, im Bedarfsfall angemessene „Kosten der Unterkunft“. Was „angemessen“ ist, entscheiden die Städte und Gemeinden. Die freie Wahl der Wohnung war schon bisher für Sozialhilfebezieher aufgehoben. Ihnen konnte die Kommune – wenn sie wollte – die Wohnung innerhalb gewisser Grenzen vorschreiben. Und genau diese Regel haben Clement, Schartau, Koch, Stoiber & Co in das neue SGB II, bekannt als Hartz-IV-Gesetz, hineingeschrieben.

Was bedeutet in Zukunft „angemessener Wohnraum“ für Bezieher von ALG II? „Gute Frage“, bekam eine Arbeitslosenberaterin der IG Metall zur Antwort, als sie sich kürzlich bei der Senatsverwaltung für Soziales in Berlin erkundigen wollte. Die Behörde wusste es auch noch nicht.

Laut BSHG gilt in Berlin derzeit: 45 Quadratmeter Wohnraum für eine allein-stehende erwachsene Person sind „ange-

messen“. Für jede weitere Person kommen 15 Quadratmeter hinzu – macht 60 qm für ein Paar oder eine alleinstehende Frau mit Kind, 90 qm für eine Familie mit 2 Kindern usw. Auch die angemessenen Mietkosten sind definiert, in Berlin 200 Euro Kaltmiete für 45 qm, 30 Euro Heizung und 90 Euro Nebenkosten, maximal also 320 Euro. Bei zwei Personen sind 405 Euro angemessen usw.

Was bedeutet die Neuregelung in der Praxis? Möglicherweise zunächst wirklich wenig. Denn trotz aller Panik der Betroffenen wollen viele Kommunen keine neuen Gettos, keine soziale Entmischung in Wohngebieten. Städte und Gemeinden haben zudem nach heftigem Krach erreicht, dass der Bund ihnen Mehrkosten für Unterkunft auch in Zukunft erstattet. „Der Bund beteiligt sich zweckgebunden an den Leistungen für Unterkunft und Heizung ..., um sicherzustellen, dass die Kommunen ... um jährlich 2,5 Milliarden Euro entlastet werden“, lautet die neue Klausel in § 46 SGB II. Das ist ein wichtiger Erfolg. Damit liegt das Kostenrisiko für Unterkünfte auch in Zukunft beim Bund, die Zuweisung von Wohnungen aber geschieht weiter durch die Kommunen. So besteht für die Kommunen wenig Grund, Druck auf Bezieher von ALG II auszuüben.

Das aber kann sich ändern. Denn in § 27 von SGB II steht, dass der Minister per Rechtsverordnung festlegen darf, was „angemessener“ Wohnraum ist. Davon will er, so Clement, vorerst keinen Gebrauch machen. Mal sehen, wie lange das währt.



## Polnische Kritik an BdV-Provokation

Die unter das Motto „Empathie – der Weg zum Miteinander“ gestellte Veranstaltung des „Bundes der Vertriebenen“ (BdV) zum 60. Jahrestag des Warschauer Aufstands am 19. Juli in Berlin hatte bereits weit im Vorfeld heftige Kritik in der polnischen Öffentlichkeit hervorgerufen. Die Verbände der Warschauer Aufständischen reagierten mit Ablehnung, der polnische Botschafter in Berlin protestierte beim BdV. Der frühere polnische Außenminister Baroszewski, Auschwitz-Überlebender und Teilnehmer am Warschauer Aufstand, erklärte am 19.7. in einem Interview mit *Gazeta Wyborcza* die schroffe Ablehnung damit, dass „Frau Steinbach eine Lügnerin ist, eine Person, die sich im innenpolitischen Kampf populistischer Motive bedient. Ich würde das so formulieren: Der Warschauer Aufstand ist für viele Polen und besonders für die Bewohner Warschaus ein Heiligtum. Hände weg von diesem Heiligtum! (...) Wir können zwar die Zeichen des Mitgefühls nicht verbieten, aber wir können dies als eine Provokation betrachten.“<sup>1</sup>

Als Provokation sahen die Kritiker die Veranstaltung nicht nur angesichts des insbesondere von Steinbach betriebenen „Zentrums gegen Vertreibungen“. Für tiefe Beunruhigung sorgt ebenso die „Preußische Treuhand GmbH & Co. KG auf Aktien“. Die GmbH, die ihren Sitz in Düsseldorf hat, und zwar unter der Adresse der Landsmannschaft Ostpreußen, verfolgt das Ziel, Eigentumsansprüche von „Vertriebenen“ durchzusetzen. Ihr aggressiver Charakter kommt z.B. in einem Interview ihres stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden A. von Waldow zum Ausdruck, der gegenüber der REP-Zeitung „Der Republikaner“ (03-04/04) mit den Eigentums- Herrschaftsansprüche geltend macht: „Der polnische Staat hat deutsches Eigentum widerrechtlich konfisziert. Das kommt einem Raub gleich. Geraubtes Gut kann nicht Eigentum anderer werden ...“ Und: „Es geht uns – ich spreche bewusst im Plural – im Grunde nicht um Entschädigung, sondern in erster Linie darum, dass wir die Verpflichtung haben, unser Eigentum wieder aufzubauen ...“ Ebenfalls stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der „Preußischen Treuhand“ ist Hans-Günther Parplies, seit 1994 Vizepräsident des BdV und erst im Mai 2004 erneut in seinem Amt bestätigt. Angesichts seiner Doppelfunktion erscheint die Distanzierung des BdV von der „Treuhand“ – „... erklärt das BdV-Präsidium, dass der BdV keine personellen, inhaltlichen oder strukturellen Kontakte und Verbindungen zur Preußischen Treuhand hat und auch nicht haben will ...“<sup>2</sup> – weniger als Täuschungsmanöver denn als blanker Hohn.

Erst kürzlich hatte Adam Michnik, Chefredakteur der *Gazeta Wyborcza* und einer der einflussreichsten Intellektuellen in Polen, das Treiben der BdV-Vorsitzenden Steinbach als „konsequente Vernichtung der deutsch-polnischen Versöhnung“ bezeichnet.<sup>3</sup> Die Veranstaltung zum Warschauer Aufstand nun interpretierte und interpretiert die deutsche Öffentlichkeit als eine Art Kurskorrektur von Steinbach und dem BdV, als ehrliches Bemühen um deutsch-polnische Versöhnung. Dazu trug bei, dass der jüdische Schriftsteller Ralph Giordano, der neben hohen Vertretern beider Kirchen, dem früheren bayerischen Kultusminister Hans Maier und dem polnischen Historiker Bogdal Musial an der Veranstaltung teilnahm, dem BdV eine „Öffnung hin zu den der Vertreibung vorangegangenen deutsch verursachten Opfern“ bescheinigt. Sein Zeugnis hat um so mehr Gewicht, als er in früheren Jahren die „Charta der Heimatvertriebenen“ und insbesondere den Passus 1 („Wir verzichten auf Rache und Vergeltung“) scharf kritisiert hatte: „Man mag es nicht glauben, aber so steht sie da – die Verwandlung der Opfer deutscher Aggression in Schuldner der Geschichte, der Angehörigen der Täternation aber in Gläubiger.“<sup>4</sup>

Tatsächlich war die Veranstaltung, die über den Mitveranstalter Bundeszentrale für politische Bildung von der Bundesregierung subventioniert wurde, ein nicht ungeschickter Schachzug, der darauf zielte, das Bild des BdV in der öffentlichen Meinung hierzulande zu schönen und im erweiterten Europa die polnische Kritik als unverständlich, unberechtigt, ja als eigentliche Störung des Zusammenlebens herauszustellen. Das fing schon mit der Umdeutung der polnischen Kritik durch die dem BdV nahestehenden „Welt“ an: „Bartoszewski möchte nicht, dass Deutsche des Warschauer Aufstandes gedenken“ (16.7.). Steinbach vermied in ihrer Rede sorgfältig, das Projekt des Zentrums gegen Vertreibungen zu propagieren oder anmaßende Forderungen zu erheben. Anders als in bisherigen Reden erwähnte sie auch, wenngleich nur ganz am Rande, die „nationalsozialistische Besatzungsherrschaft“, die sie allerdings nicht mit Deutschland in Verbindung brachte, sondern auf die „Hitlerdiktatur“ zurückführte. Liest man ihre Rede<sup>5</sup> genau, wird deutlich, dass sie von der geschichtsfälschenden Leugnung des Kausalzusammenhangs zwischen den Verbrechen des faschistischen Deutschland und der Vertreibung keinen Zentimeter abrückt. Ihre zentralen Begriffe sind das „Schicksal“ – das „Schicksal anderer Völker“, das „Schicksal unserer Nachbarn“, das „Schicksal des Anderen“, „polnische Schicksale“ – und die „Opfer“. Geht es beim ersten Begriff darum, die Verantwortung konkret für die Niederschlagung des Warschauer Aufstandes und die Ermordung von 200.000 Menschen durch die deutsche Wehrmacht und SS einer hö-

heren, entpersonalisierten Macht zuzuschreiben, so dient der Opferbegriff, die Rede von „allen Opfergruppen“ oder vom BdV als „Opferverband“ nicht nur der Gleichsetzung von Unvergleichbarem, sondern damit der Aufrechterhaltung von Ansprüchen. scc

1 Zitiert nach: [www.dw-world.de/german/0,3367,2987,00.html](http://www.dw-world.de/german/0,3367,2987,00.html)

2 zitiert nach: Gudrun Schroeter, Aufstand in Warschau 1944: Denkwürdiges Gedenken, [www.hagalil.com/or/2004/07/bdv-gedenken.htm](http://www.hagalil.com/or/2004/07/bdv-gedenken.htm)

3 [www.hagalil.com/archiv/2004/05/vertriebenen.htm](http://www.hagalil.com/archiv/2004/05/vertriebenen.htm)

4 taz, 2.9.2000, zitiert nach Gudrun Schroeter, s. Fußnote 2

5 Die Reden finden sich unter: [www.bund-der-vertriebenen.de](http://www.bund-der-vertriebenen.de)

### BDI / BDA

## Forderungen an die EU

Die Neuformierung einiger EU-Institutionen, wie EU-Parlament und EU-Kommission, nutzen auch die Kapitalistenverbände der BRD, BDI und BDA, um ihre Forderungen zu Gehör zu bringen. Anfang Juli 2004 veröffentlichten beide Verbände das gemeinsame Memorandum: „Europa wettbewerbsfähiger machen. Handlungsempfehlungen für die Europapolitik der kommenden fünf Jahre.“

Für die Kapitalistenverbände sind nicht nur die personellen Änderungen in den EU-Strukturen Anlass, die neuen Mitglieder von ihren Positionen zu überzeugen, nach Auffassung von BDI/BDA ist Gefahr in Verzug: „Die Lissabonner Reform-Agenda zur Förderung von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung droht zu scheitern. Wenn das ehrgeizige, auf dem Gipfel in Lissabon im Jahr 2000 gesetzte Ziel, die Europäische Union bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, erreicht werden soll, müssen die Mitgliedstaaten und die europäischen Institutionen jetzt handeln.“

Die deutsche Wirtschaft sieht sich durch die Gesetzgebung der EU an der Belastungsgrenze. Sie verlangt eine industriefreundliche Politik. Kritisiert wird die Umwelt- und Verbraucherpolitik der EU als industriefeindlich. Insbesondere aber auf zwei Feldern fordern die Kapitalistenverbände eine Neuorientierung der Politik.

So fordern sie ein Moratorium für sozialpolitische Rechtsakte, die zusätzliche Verpflichtungen für die Kapitalisten bringen. So fordert das Memorandum:

„Arbeitszeitrichtlinie: Eine zügige Revision der Arbeitszeitrichtlinie ist notwendig, darf jedoch nur unter der Prämisse von mehr Flexibilität erfolgen. Um mehr Flexibilität zu erreichen, muss das gegenwärtige Arbeitszeitkonzept mit der Unterteilung in Arbeitszeit und Ruhezeit differenzierter gestaltet werden. Zudem ist es notwendig, den Bezugszeitraum,

während dessen die wöchentliche Höchst Arbeitszeit im Durchschnitt nicht überschritten werden darf, vorbehaltlos auf zwölf Monate auszudehnen, mit Zustimmung der Tarifvertragsparteien auf 24 Monate. Gleichzeitig ist es jedoch vor dem Hintergrund von Freiräumen für flexible Regelungen von besonderer Bedeutung, dass die ‚Opt-out-Regelung‘ beibehalten wird. Dabei geht es um die Möglichkeit, von der wöchentlichen Höchst Arbeitszeit unter bestimmten Voraussetzungen abweichen zu können. Die zum Teil gegenläufigen Bestrebungen zu dieser Frage sind abzulehnen ...

Revision der Richtlinie über Europäische Betriebsräte bzw. ein sonstiges Informations- und Konsultationsverfahren: Die an der o.g. Richtlinie angeführte Kritik rechtfertigt keine Revision. Es muss vielmehr den beteiligten Parteien auf Unternehmensebene überlassen werden, innerhalb des bestehenden Rahmens auf ihre individuellen Probleme und Bedürfnisse passgenau eingehen zu können. Das ist nicht zuletzt durch die im Rahmen der EU-Erweiterung notwendigen Anpassungsprozesse dringend erforderlich. Die Aufnahme der Arbeitnehmer aus den neuen Mitgliedstaaten in den Prozess der Unterrichtung und Anhörung erfordert nicht zuletzt aufgrund kultureller Unterschiede tiefgreifende Anpassungsprozesse. Stabile Rahmenbedingungen sind notwendig, damit die Unternehmen die Möglichkeit haben, das Management und die Arbeitnehmer aus den neuen EU-Mitgliedstaaten in ihre Praxis einzubinden und gleichzeitig ihre Erfahrungen weiterzugeben. Eine Änderung der Richtlinie ist kontraproduktiv und würde den Integrationsprozess zum Nachteil aller Beteiligten erschweren und verzögern.“

Der zweite Punkt, über den die Verbandsvertreter in Rage geraten, ist das weite Feld der kommunalen Dienstleistungen und deren kapitalistischer Verwertbarkeit. Hier haben sie festgestellt, dass es Bestrebungen auf Ebene der Mitgliedstaaten, der Länder und der Gemeinden gibt, das Wettbewerbsprinzip zugunsten kommunaler Unternehmen einzuschränken. „Die Daseinsvorsorge wird von der öffentlichen Hand oft als Rechtfertigung genutzt, angesichts einer zunehmend knappen Haushaltslage in gewinnträchtige Wirtschaftsbereiche vorzustoßen. Dabei sollen überkommene monopolartige Strukturen beibehalten oder bereits liberalisierte Wirtschaftszweige wieder in den Verantwortungsbereich der öffentlichen Hand zurückgeführt werden.“

Und dies kann natürlich nicht geduldet werden: „Die deutsche Wirtschaft hält es für vordringlich, Wettbewerbsverfälschungen unter dem Vorwand der Daseinsvorsorge zu verhindern und dafür zu sorgen, dass die Nachfrage der Bürger nach Dienstleistungen von allgemeinem Interesse auf hohem Niveau durch die im Wettbewerb stehenden pri-

vaten Unternehmen befriedigt werden kann. Die Öffnung netzgebundener Märkte, die der Daseinsvorsorge dienen, darf nicht verzögert oder rückgängig gemacht werden. Durch eine stärkere Verankerung der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in das EU-Primär- oder Sekundärrecht bestünde die Gefahr einer Verstärkung protektionistischer Tendenzen auf noch nicht liberalisierten Märkten.“

Liest man das ganze Dokument aufmerksam durch, kann eine Grundposition festgestellt werden: Vorrangig für die Verbände der deutschen Kapitalisten sind die Umsetzung für sie nützlicher Gesetze auf nationaler Ebene. Die EU erhält eine Koordinierungsfunktion zugebilligt, aber nur um nationales Recht im Sinne des Kapitals auf EU-Ebene zu „harmonisieren“. Findet dies nicht in ihrem Sinne statt, gilt für BDI und BDA nationales Recht vor EU-Recht. *hav*

**Kalifornischer Gewerkschaftsbund fordert Ende der Besatzung des Irak**

## Gegen Militarismus und Weltherrschaft

Der kalifornische Gewerkschaftsbund AFL-CIO hat auf seinem Kongress am 13. bis 15. Juli zwei Resolutionen zur US-Besatzung des Irak\* verabschiedet. Der kalifornische Gewerkschaftsbund ist der größte im AFL-CIO, er organisiert mehr als zwei Millionen Mitglieder und repräsentiert damit mehr als ein Sechstel aller AFL-CIO-Mitglieder.

In der ersten Resolution, die von der Gewerkschaftsgliederung San Francisco eingebracht worden war, spricht sich der Gewerkschaftstag mit überwältigender Mehrheit für das sofortige Ende des US-britischen Krieges und der Besatzung des Irak aus. Um das „sofortig“ bzw. den Versuch einer unverbindlicheren Formulierung hatte es eine Diskussion gegeben, die jedoch schnell und eindeutig entschieden wurde. Die Resolution nimmt u.a. darauf Bezug, dass die Bevölkerung des Irak das Ende der Besatzung fordert und dass auch die US-Soldaten nach Hause wollen; dass amerikanische Soldaten in einem Krieg töten und getötet werden, der nur den Interessen der US-Ölmonopolen und herrschenden Eliten dient; dass Zehntausende Irakis und Tausende US-Soldaten starben oder verwundet wurden; dass eingetreten ist, wovor die Friedensbewegung gewarnt habe, nämlich

die Irakis die USA nicht als Befreier, sondern als koloniale Besatzungsmacht sehen. Und sie erinnert daran, dass die Bush-Regierung das Volk, den Kongress und die Vereinten Nationen belogen hat. Des weiteren forderten die Delegierten die Aufhebung des Patriot Act. Mit dem „Krieg gegen den Terrorismus“ habe Bush die Einschränkung von Freiheitsrechten, rassistische Maßnahmen und repressive Gesetze wie eben den Patriot Act rechtfertigt. Die Kehrseite der militärischen Expansion sei der Angriff auf Bürger- und Gewerkschaftsrechte, auf Sozialausgaben und den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung in den USA. Deshalb fordert der Gewerkschaftskongress drittens, dass die Lebensinteressen der Menschen zur nationalen Priorität erhoben werden müssten. „Wir brauchen Arbeit und wirkliche Sicherheit, nicht Militarismus und Weltherrschaft.“

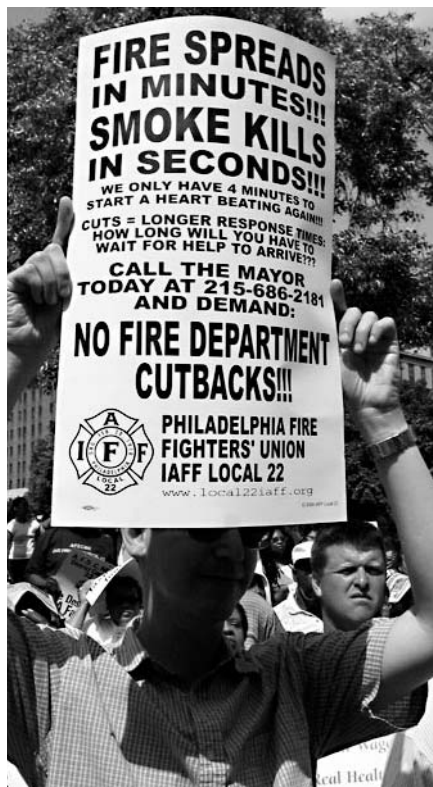
In der zweiten Resolution setzt sich der kalifornische AFL-CIO kritisch mit dem nationalen Gewerkschaftsdachverband auseinander. Dieser beteiligt sich an einem Programm der US-Regierung zur „Demokratisierung“ des Irak. Das Programm wird vom „Nationalen Endowment for Democracy (NED)“ (Nationale Stiftung für Demokratie“ gefördert und versucht in verschiedenen Ländern Strukturen aufzubauen und Regime bzw. Oppositionskräfte zu unterstützen, die für eine amerikafreundliche Politik stehen, so in Chile zur Zeit Allendes oder heute in Venezuela. Der AFL-CIO, so die ebenfalls mit überwältigender Mehrheit verabschiedete Resolution, setze seinen guten Ruf aufs Spiel, wenn er sich zum



Handlanger der US-Regierung machen würde. Der Aufbau der irakischen Gewerkschaften sei eine Angelegenheit, die von den irakischen Lohnabhängigen selbst in die Hand genommen werden müsse. Die Resolution bekräftigt die Prinzipien der Autonomie, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, wie sie in den Internationalen Übereinkommen der Internationalen Gewerkschaftsorganisation verankert sind. *sc*

\* Die beiden Resolutionen sind in englischer Sprache zusammen mit einem Bericht unter [www.friedensratschlag.de](http://www.friedensratschlag.de) zu finden.





## Philadelphia: Städtische Beschäftigte fordern fairen Tarifvertrag

Die städtischen Beschäftigten in Philadelphia, USA, kämpfen für eine Lohnerhöhung, eine erschwingliche Gesundheitsversorgung und Renten, die zum Leben reichen. Das Bild zeigt eine Demonstration mehrerer tausend kommunaler Beschäftigter am 7. Juli. Im jüngsten Haushalt, der Steuersenkungen in Millionenhöhe vorsieht, ist keinerlei Geld für Lohnerhöhungen der Beschäftigten vorgesehen. Vor allem sind diese darüber empört, dass die Höhe ihrer Renten zukünftig nicht mehr gesichert, sondern von den Entwicklungen an den Kapitalmärkten abhängig werden soll. Die Gewerkschaften, die die Tarifbewegung führen, haben sich in der Vergangenheit eindeutig gegen den Irak-Krieg sowie den Patriot Act ausgesprochen. (Quelle: Indymedia Philadelphia)

## Kopfgeldjäger in Afghanistan

Offensichtlich unbehelligt von den US- und Nato-Streitkräften haben US-amerikanische Kopfgeldjäger in Afghanistan angebliche Al-Quaida- bzw. Taliban-Angehörige gejagt und ein Gefängnis mitten in Kabul betrieben. Der Kopf der Truppe, der frühere Green Beret Jonathan Idema, gab nach seiner Festnahme durch afghanische Polizisten an, er sei in Afghanistan mit der Zustimmung von hohen Angehörigen des Pentagon tätig gewesen. Seine Kontakte mit dem Pentagon könne er durch Emails, Faxe und Tonbandaufzeichnungen beweisen. Das Pentagon habe ihm sogar einen Vertrag angeboten, den er aber abgelehnt habe. Idema steht zurzeit mit zwei weiteren

US-Bürgern vor einem afghanischen Gericht. Am 5. Juli hatte die Polizei das von ihm gemietete Haus durchsucht und dabei ein Privatgefängnis entdeckt, in dem acht Afghanen eingesperrt waren. Einige der Männer gaben an, sie seien tagelang ohne ausreichende Nahrung festgehalten und geschlagen worden. Man habe über sie heißes Wasser geschüttet und ihre Köpfe wiederholt in einen Wassereimer getaucht.

Das US-Militär bestreitet zunächst jede Zusammenarbeit mit Idema, musste dann aber einräumen, im Mai mindestens einen von Idema gefangenen Afghanen übernehmen zu haben. ISAF-Angehörige gaben an, dass sie der Kopfgeldjägergruppe, die in US-Uniformen herumläuft, im Frühjahr bei Durchsuchungen geholfen haben. Anlässlich des Falls wurde bekannt, dass das von der US-Regierung auf Osama bin Laden und andere ausgesetzte Kopfgeld zahlreiche Kopfgeldjäger nach Afghanistan gelockt hat. (Quelle: Telepolis, Tagespresse)

## Proteste gegen neuen Grenzvertrag zwischen Tschechien und Slowakei

Die Unterzeichnung des neuen Grenzvertrages zwischen Tschechien und der Slowakei wurde jetzt verschoben. Grund ist wahrscheinlich die heftige Kritik, die sowohl von kommunalen Vertretern und Bürgern in den Grenzregionen wie von Abgeordneten beider Parlamente geäußert wird. Der neue Grenzvertrag verschärft nämlich das Grenzregime deutlich. Er ist eine Folge des EU-Beitritts beider Länder. Bisher war es für Tschechen und Slowaken möglich, die Grenze an jedem beliebigen Ort, egal ob auf Straßen, Wegen, Langlaufloipen oder Wanderpfaden, zu überschreiten. Diese Ausnahmeregelungen sollen mit dem EU-Beitritt beider Länder aufgehoben werden. Die Kritiker wenden ein, dass es an den EU-Grenzen zu Norwegen, der Schweiz oder zwischen Irland und Nordirland noch liberalere Ausnahmeregelungen gibt, dass also Sonderregelungen durchaus möglich sind. (Quelle: DW, verschiedene Sendungen)

## Slowakei: Gravierende Unterschiede zwischen den Regionen

Das Schlüsselproblem der Slowakei, aber auch anderer osteuropäischer Länder seien die gewaltigen Unterschiede zwischen den Regionen. Darauf wies jetzt die Weltbank in einem Bewertungsbericht der acht neuen EU-Länder hin. Die Konzentration der Hochschulabsolventen sei in den Hauptstädten Tschechiens, Ungarns und der Slowakei dreimal so hoch wie der nationale Durchschnitt. Ein ähnliches Ungleichgewicht herrsche auch in anderen Bereichen. Ein Drittel der Klein- und Großbetrieben in der Slowakei befinde sich in der Region Bratislava. In Ungarn, Tschechien und der Slowakei werden zwei Drittel der

ausländischen Investitionen in den Hauptstädten getätigt. Auch liegen die Löhne und Gehälter in den Großstädten deutlich über denen in den ländlichen Bezirken, in Bratislava etwa bei 19.000 SK (ca. 475 Euro), im Kreis Presov im Osten der Slowakei dagegen bei 14.000 SK. Dabei gilt längst nicht mehr, dass das Leben auf dem Land billiger ist. Hier sind, einem Bericht von Radio Prag zufolge, die Lebensmittelpreise inzwischen sogar höher. Die Weltbank empfiehlt den neuen EU-Mitgliedstaaten, die Unterschiede zwischen den Regionen mithilfe der Finanzmittel aus den Eurofonds zu verringern. (Quelle: Radio Prag, DW)

## Bosnische Serben: Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal

Das Parlament der Republika Srpska (RS) hat am 20.7. mit großer Mehrheit (58:1:11) eine Resolution über die Zusammenarbeit mit dem Haager Kriegsverbrecher-Tribunal (ICTY) verabschiedet. Darin fordert es die vom Tribunal wegen Kriegsverbrechen angeklagten Personen auf, sich umgehend den Organen der RS zu stellen, andernfalls gingen sie das Risiko ein, verhaftet zu werden. Das Parlament fordert in der Resolution die Regierung der RS auf, alle Änderungen, die durch das Gesetz über die Kooperation mit dem ICTY notwendig würden, durchzuführen, damit die Polizei operativ in die Lage versetzt werde, die Anweisungen der zuständigen Ankläger gemäß den erhobenen Anklagen wegen Kriegsverbrechen und Verstoßes gegen internationale Normen und das Kriegsrecht durchzuführen. Das Dokument verpflichtet die Regierung auch, einen Gesetzentwurf vorzulegen, damit ein Institut der RS für Kriegsverbrechen gegründet werden kann. Dieses Institut soll unvoreingenommen die während des bewaffneten Konfliktes in Bosnien-Herzegowina von 1992 bis 1995 begangenen Kriegsverbrechen erforschen, dokumentieren und historisch bewerten. Die Parlamentarier aller „konstitutiven Völker von Bosnien-Herzegowina“ werden aufgerufen, die von Angehörigen ihrer Ethnie begangenen Kriegsverbrechen zu verurteilen. Die Behörden werden aufgerufen, allen Bürgern, die ihre Vermissten suchen, zu ermöglichen, an ihre sterblichen Überreste zu gelangen und die Wahrheit über ihren Tod zu erfahren.

Auch die serbische Regierung unternimmt einige Anstrengungen, insbesondere den früheren Armeeführer der bosnischen Serben an das Haager Tribunal zu liefern. Sie forderte Mladic auf, sich zu stellen, und sagte ihm im Gegenzug finanzielle Unterstützung für seine Verteidigung in Den Haag zu. Der Verteidigungsminister von Serbien und Montenegro erklärte, Mladics Aufgabe werde dem Land „das europäische Tor“ öffnen. (Quelle: serb. Rundfunk, DW)

Zusammenstellung: scc

SINGEN. Am 24. Juli 2004 bekräftigten knapp 40 Besucher und Mitglieder der Singener Teestube ihr großes Interesse am Erhalt des Jugendzentrums, das seit 1973 in der Mühlenstraße besteht. Die Stadtverwaltung Singen fährt aktuell eine Kampagne, zusammen mit einer Redakteurin der lokalen Tagespresse, gegen den Förderverein des Jugendzentrums Teestube Singen e. V., welche die Stadträte dazu bewegen soll, den auslaufenden Miet- und Personalkostenzuschuss-Vertrag nicht zu verlängern. Die Besucher des integrativen Jugendzentrums werden so mit vorgeschobenen Gründen auf die Straße gesetzt. Nach der drohenden Schließung am 31. Dezember 2004 gäbe es ausschließlich städtische Jugendzentren in der Stadt. „Wir wollen heute für eine aktive, lebendige Teestube demonstrieren“, sagte Gerd Kauschat vom Teestuben-Vorstand auf der Demonstration. Zwei weitere Transparente mit Aufschriften wie „Uniform und konform heißt die neue Stadtreform“ und Untertiteln wie „Träume brauchen Räume“ oder „Teestube bleibt“ wurden von den Teilnehmern getragen. Weitere Hintergründe und Infos unter [www.juze-teestube.de](http://www.juze-teestube.de)



## „Im Gedenken verkettet wird Zukunft gerettet“

NECKARELZ. Am 23. Juli 2004 bildeten rund 1.900 SchülerInnen aus acht Schulen der Region eine Menschenkette zwischen dem früheren KZ-Lager „Neckarelz I“ (heute Clemens-Brentano-Grundschule) und dem Lagerstandort „Neckarelz II“ am alten Bahnhof. Vor 60 Jahren erreichte an diesem Tag ein Transport von 1.000 Menschen aus dem KZ Dachau das Dorf Neckarelz. Die jungen Leute trugen die 1.000 Namen der Gefangenen des 23. Juli (in der großen Mehrzahl Franzosen, dazu noch 14 weitere Nationalitäten) mit sich, außerdem ein eigenes Motto. Zusammen mit ihren LehrerInnen haben sie diesen Tag im Deutsch-, Geschichts-, Religions- und Englisch-Unterricht vorbereitet. Unterstützt wurde die Aktion von Vertretern der Stadt und des Kreises. Dorothee Roos, die Vorsitzende des Vereins KZ-Gedenkstätte Neckarelz, ist vom Anblick der Menschenmenge tief beeindruckt. „Wir sind eine lebendige Verbindung zwischen Geschichte und Gegenwart. Wir schauen zurück und nach vorn.“ *Fränk. Nachrichten 24.7.04*

[www.kz-denk-neckarelz.de](http://www.kz-denk-neckarelz.de)

## „Hiroshima- und Nagasaki-Tag“ am 6. bzw. 9. August 2004

BERLIN. Zum „Hiroshima- und Nagasaki-Tag“ am 6. bzw. 9. August erinnern weltweit Opfer, Hinterbliebene und NGOs an die Atombombenabwürfe von 1945 und mahnen atomare Abrüstung an. Die Gefahr eines Atomkrieges ist weitgehend verdrängt, aber mit den Einsatzplänen der USA für mini-nukes ist der Einsatz atomarer Waffen in einem Krieg wahrscheinlicher denn je. Darauf hatte die Friedensbewegung mit einer Demonstration an der US-Airbase Ramstein am 20. März diesen Jahres aufmerksam gemacht. Die Atomwaffen der „neuen“ Atomkräfte wie zum Beispiel Indien und Pakistan gefährden die Welt genau-

so wie die riesigen Arsenale der „alten“. Es zeigt sich deutlich, dass es zur Abschaffung aller Atomwaffen keine vernünftige Alternative gibt. Örtliche Aufrufe und Termine sind zu finden bei:

[www.friedenskooperative.de](http://www.friedenskooperative.de)

## Sofortiges Verbot von Streubomben und mehr Hilfe für die Opfer

BERLIN. Die im Aktionsbündnis Landmine.de zusammengeschlossenen deutschen Nichtregierungsorganisationen fordern ein sofortiges Verbot von Streubomben und Streumunition sowie mehr Opferhilfe. Das ist das Fazit einer Projektreise in den Kosovo, begleitet von der Schauspielerin Ulrike Folkerts, die das Aktionsbündnis und seine Verbotsforderung seit vielen Jahren unterstützt. Auch fünf Jahre nach Ende des Krieges sind regelmäßig neue Opfer zu beklagen, täglich werden neue Minen und Streubombenblindgänger gefunden, was eine anhaltende und heimtückische Gefährdung für die Zivilbevölkerung bedeutet. Eine Einschätzung, die auch der aktuelle Abrüstungsbericht der Bundesregierung teilt.

Nicht nur im Kosovo, sondern auch in über 25 anderen Ländern verursachen Streubombenblindgänger enorme humanitäre Probleme und behindern Wiederaufbaumassnahmen beträchtlich. Des-

halb haben sich mittlerweile weltweit über 100 Nichtregierungsorganisationen der seit 1995 vom Aktionsbündnis erhobenen Forderung nach einem Verbot von Streubomben bzw. Streumunition angeschlossen. Auch das Europäische Parlament hat gefordert, Moratorien in Bezug auf Streubomben zu installieren.

Das Aktionsbündnis Landmine.de fordert die Bundesregierung auf, zunächst mittels eines unilateralen Moratoriums diejenigen Streumunitionen aus den Beständen der Bundeswehr zu entfernen, die als besonders gefährlich eingestuft werden (ohne Selbstzerstörungsmechanismen), bis im Rahmen der Genfer UN-Abrüstungsverhandlungen ein rechtsverbindliches und umfassendes Verbot installiert wird. Deutschland gehört zu den 70 Staaten, die weltweit Streubomben und Streumunition lagern. Schließlich fordert das Aktionsbündnis das deutsche Parlament auf, der geplanten Beschaffung von 400 neuen Streumunitionsraketen vom Typ GMLRS zum Preis von 86,2 Mio. Euro nicht zuzustimmen und mit den freiwerdenden Mitteln die Opfern von Streumunitionen und Landminen zu unterstützen. 19.07.2004

[www.landmine.de](http://www.landmine.de)

## Asyl-Ausflug gegen Residenzpflicht und für Völkerverständigung

STUTTGART. Als Protest gegen die sogenannte „Residenzpflicht“ bricht der AK ASYL Stuttgart mit 309 Flüchtlingen aus verschiedenen Ländern von Afghanistan über Iran und früheres Jugoslawien bis Kongo-Zaire am Sonntag, 25.7.2004, mit fünf Bussen und einem Stapel „Sondergenehmigungen“ des Amtes für öffentliche Ordnung zum 19. genehmigten Asylausflug aus Stuttgart Richtung Schwarzwald auf. Im Wald zwischen Oberndorf und Rottweil besichtigen die Stuttgarter Flüchtlinge die Gedenkstätte AEL Aistaig für die Zwangsarbeiteropfer der NS Rüstungsindustrie oder erholen sich auf dem Schaubauernhof Waldmössingen



Bild: Minenaufklärung an der Willy-Brandt-Gesamtschule in München



von der langen Busfahrt. Um 12 Uhr werden die Asyl-Ausflügler aus der Landeshauptstadt vom stellvertretenden Bürgermeister Rottweils und der evangelischen Pfarrerin Dr. Buch empfangen. Danach besteht für die Flüchtlinge aus aller Herren Länder die Möglichkeit, den historischen Stadtkern zu erkunden und vom fremden „Rottweiler Narrensprung“ etwas zu hören. Finanziert wird das Ausflugsprojekt durch Eigenbeiträge der Mitfahrenden und durch den Verkauf „symbolischer Fahrkarten“ in den evangelischen und katholischen Kirchengemeinden Stuttgarts.

Seit 1986 führt der AK ASYL Stuttgart diesen Ausflug als Protest gegen die kleinliche Bestimmung durch, dass Asylbewerber ihren Stadt- oder Landkreis bei Strafandrohung nicht verlassen dürfen. Gegen solche Schikanen wehrt sich der Asylarbeitskreis und schlägt den Behörden als Alternative vor, von Asylbewerbern eine gute Erreichbarkeit zu verlangen, damit binnen eines Tages wichtige Schreiben des Bundesamts oder des Verwaltungsgerichts zugestellt werden können.

*PM AK Asyl Stuttgart*

## Antisemitische Großveranstaltung im Haus der Burschenschaft Danubia

MÜNCHEN. Zu einer antisemitischen Großveranstaltung versammelten sich am 25.7.04 in München über 150 Rechtsextremisten. Mehrere Dutzend Antifaschisten protestierten gegen die Tagung des rechtsintellektuellen „Instituts für Staatspolitik“. Im Mittelpunkt der Tagung standen einige aus Sicht der Rechten skandalöse Fälle von „Gesinnungsdiktatur“. Neben dem wegen einer antisemitischen Rede aus der CDU ausgeschlossenen Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann war auch General Reinhard Günzel eingeladen. Der emeritierte Totalitarismusforscher Professor Konrad Löw sprach zu seinem eigenen „Fall“. In der April-Ausgabe der von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen Zweimonatsschrift „Deutschland-Archiv“ hatte Löw einen Beitrag zur „Deutsche Identität in Verfassung und Geschichte“ veröffentlicht, der von antisemitischen Stereotypen strotzte. Die Bundeszentrale distanzierte sich in einem einmaligen Vorgang daraufhin in einem Schreiben an alle Abonnenten „aufs Schärfste“ von Löws antisemitischen Ansichten und ließ den Rest der Auflage einstampfen.

Anliegen des vor zwei Jahren gegründeten Instituts für Staatsforschung ist es, einen Brückenschlag von der extremen Rechten hin zu konservativen Kräften zu schlagen. Hierfür versucht das Institut mit Tagungen wie dem „Berliner Kolleg“ und jetzt dem Münchner Kolleg sowie einer eigenen Schriftenreihe in gesellschaftlichen Diskursen zu intervenieren und „Gegenöffentlichkeit“ zu schaffen. Geleitet wird dieser rechtsintellektuelle Think-Tank mit Sitz auf dem thüringischen

Rittergut Schnellroda unter anderem von Karlheinz Weißmann, einem bekannten Vordenker der rechten Szene.

Nach Intervention der Israelitischen Kultusgemeinde sowie der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes hatte der Wirt der Großgaststätte Löwenbräukellers den Rechten einen Versammlungssaal gekündigt. Kurzfristig verlegten die Veranstalter die Tagung ins Haus der Burschenschaft Danubia. Diese fiel in der Vergangenheit schon mehrfach wegen rechtsextremer Propaganda wie dem lauten Abspielen von Hitlerreden auf. Das Danubienhaus in der Möhlstraße war übrigens 1938 „arisiert“ worden, die ehemaligen jüdischen Eigentümer hatten angesichts des Holocaust 1940 den Freitod gewählt.

*Nikolaus Brauns*

## 100 Tage Gen-Kennzeichnung und nur vier kritische Produkte

HAMBURG. Zum 100-tägigen Bestehen der Kennzeichnungsverordnung für gentechnisch veränderte Lebensmittel am 27. Juli ziehen die Gen-Detektive von Greenpeace Bilanz. Vier Produkte mit Gen-Zutaten haben die ehrenamtlichen Umweltschützer bisher aufgespürt. Nach der EU-Verordnung vom 18. April müssen Produkte mit Zutaten aus gentechnisch veränderten Pflanzen gekennzeichnet werden. „Der deutsche Markt ist praktisch gentechnikfrei. Ein großer Erfolg für die deutschen Verbraucher, die Gen-Food überwiegend ablehnen. Alle großen Lebensmittelhersteller und -händler haben ihre Rezepturen dem Verbraucherwunsch entsprechend geändert“, sagt Corinna Hölzel von der Greenpeace-Verbraucherorganisation EinkaufsNetz. Dennoch hat die Verordnung eine gravierende Lücke: Milch, Eier und Fleisch müssen auch dann nicht gekennzeichnet werden, wenn Tiere mit Gen-Pflanzen gefüttert wurden. „Der in Unwissenheit gehaltene Verbraucher finanziert so den weltweiten Anbau von Gen-Pflanzen mit“, erklärt Hölzel. Das EinkaufsNetz startet jetzt eine Unterschriftenaktion für die Kennzeichnung von tierischen Produkten. Die Unterschriften sollen den zuständigen Politikern in Brüssel übergeben werden.

*www.greenpeace.de*

## Armutskonferenz: „Menschenwürde gilt auch in der Kommunalpolitik“

SAARBRÜCKEN. Als „in keinsten Weise hinnehmbar“, hat die Saarländische Armutskonferenz (SAK) die veröffentlichten Passagen des Saarbrücker CDU/FDP Papiers zum Thema „aggressive Bettler und sonstige Ordnungstörer“ bezeichnet. Wenn die Ortspolizeibehörde verstärkt werden solle, um gegen Menschen vorzugehen, die ihren Lebensmittelpunkt auf der Straße haben, sei dies ein unsozialer und unwürdiger Politikan-satz. Insbesondere dann, wenn „Bettler“ im gleichen Atemzug mit Schmutzfinken

und Hundekot genannt würden. Es sei letztlich auch ein Ergebnis der Politik aller Ebenen, dass Menschen auf der Straße leben müssten und dabei auch an die Unterstützung ihrer Mitmenschen appellierten. Auch wenn dies manchen PolitikerInnen unangenehm sei; betteln und schnorren werde in den Großstädten, auch aufgrund des aktuellen Sozialabbaus, noch zunehmen. Betteln werde man, solange keine strafbaren Handlungen vorliegen, letztlich akzeptieren müssen. Es sei auch mehr als bedenklich, dass Freiheitsrechte wie das Aufenthaltsrecht, völlig unzureichend begründet, für bestimmte Gruppen der Gesellschaft eingeschränkt werden sollen. Eine solche „Politik der Ausgrenzung“ sei weder sozial, noch christlich und schon gar nicht liberal.

Die Saarländische Armutskonferenz ruft die zukünftige CDU/FDP-Koalition, wie auch SPD und Grüne dazu auf, gerade in diesen schlechten Zeiten die Lebensinteressen der ärmsten in der Gesellschaft fest im Blick zu behalten. So wäre die Wiedereinführung von Preiser-mäßigungen für Einkommensschwache bei Bus/Stadtbahn ein Beitrag, die Isolation und Gettoisierung von Armen in Saarbrücken ein Stück weit aufzubrechen!

*www.sak-ev.de.vu*

## Protest gegen die Abschaffung des niedersächsischen Blindengeldes

HANNOVER. Zur Entlastung des Landeshaushaltes streicht als erstes Bundesland Niedersachsen ab 2005 das Blindengeld komplett, nach dem es 2004 bereits gekürzt wurde. Das bislang unabhängig vom Einkommen gezahlte Landesblindengeld soll nach Auffassung des niedersächsischen Sozialministeriums im Falle der Bedürftigkeit durch Blindengeld nach BSHG ausgeglichen werden. Die Landesvertretung Niedersachsen des Bundesverbandes Selbsthilfe Körperbehinderter e.V. (BSK) verurteilt diese unsoziale Entscheidung der CDU/FDP Landtagsmehrheit auf das Schärfste. „Diese Entscheidung ist eine Abschiebung Blinder ins soziale Abseits“. Gerd Strombach, Leiter der BSK-Landesvertretung Niedersachsen: „Wir körperbehinderten Menschen erklären uns mit dem Widerstand unserer blinden Mitbürger gegen diese unsozialen Maßnahmen der Landespolitik solidarisch“. Strombach verwies darauf, dass dieser Angriff auf den Nachteilsausgleich Landesblindengeld nicht isoliert gesehen werden dürfe. Derzeit gibt es zum Beispiel auf Bundesebene Gesetzespläne, die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen im ÖPNV einzuschränken. „Wir lassen uns den Sozialstaat durch die Sparorgien von Politikern nicht kaputtsparen. Wer dies versucht, muss mit dem massiven Widerstand von uns Behinderten rechnen, denn auch wir sind Wähler“, betont Strombach.

*www.bsk-ev.de*

*Zusammenstellung: abf*



**Die lang dauernde Beschäftigungskrise wirkt sich besonders bei dem Grundbedürfnis Wohnen verheerend aus. Der Wohnungsmarkt bietet kaum Möglichkeiten auch nur zur Linderung der Probleme. Die Städte und Gemeinden müssen selbst tätig werden.**

**Es folgen aktuelle Berichte aus lokalen linken Zeitungen, die Licht auf verschiedene Facetten des sozialen Skandals werfen.**



**Ein nicht hinnehmbarer Zustand**

## Wohnungsnot junger Menschen in Hamburg

Zahlen gibt es nicht, bestenfalls Schätzungen. Die Wohnungsnot Jugendlicher, und ganz besonders solcher Jugendlicher, die sich in schwierigen Lebenslagen befinden, ist praktisch kein öffentliches Thema. Dankenswerterweise hat jetzt der Arbeitskreis „Wohnraum für junge Menschen“<sup>1</sup> in einem Artikel<sup>2</sup> und mit einer Informationsmappe auf die Wohnungs- und Obdachlosigkeit von Jugendlichen öffentlich aufmerksam gemacht.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG) schätzte für 2002 die Zahl der Menschen, die von Wohnungslosigkeit betroffen sind, also von Menschen, die nicht in einer eigenen Wohnung leben, bundesweit auf rund 410 000. Den Anteil von Kindern und Jugendlichen schätzte die BAG auf 22%, das sind 72000 junge Menschen.<sup>3</sup>

Wohnungslos sein, das bedeutet nicht notwendig, auf der Straße zu leben. Aber es bedeutet, dass die Betroffenen keine Adresse, keine Privat- und Intimsphäre haben, dass sie an den Rand der Gesellschaft gedrängt, aus dem gesellschaftlichen Leben weit gehend ausgeschlossen sind, in ihren Möglichkeiten, Erwerbsarbeit zu finden und soziale Kontakte zu entwickeln, außerordentlich eingeschränkt sind. Wohnungslosigkeit bedeutet oft auch Schutzlosigkeit vor Gewalt und extreme Abhängigkeit.

Für Hamburg ergibt sich aus einer internen, nicht repräsentativen Umfrage des Arbeitskreises bei den teilnehmenden Einrichtungen: „... von 311 jungen Menschen, die in den Einrichtungen des AK Unterstützung anforderten, (lebten) 81 auf der Straße, 34 in einer öffentlichen Wohnunterkunft, 14 in Billighotels und 101 bei Freunden, Verwandten oder Bekannten. Lediglich 45 verfügten über ei-

genen Wohnraum. Von diesen 311 den Einrichtungen bekannten jungen Leuten waren 42 zwischen 14 und 18 Jahre alt. Auch das Landessozialamt in Hamburg teilt die Einschätzung, dass die Menschen, die bei ihnen nach Unterstützung anfragen, zunehmend jünger werden und insbesondere der weibliche Anteil steigt. Die aktuellste Studie über Obdachlosigkeit in Hamburg besagt, dass viele der 1300 befragten Menschen sehr jung waren, als sie in die Obdachlosigkeit gerieten. Frauen sind, wenn sie in die Obdachlosigkeit geraten, prozentual gesehen weitaus jünger als Männer.“<sup>2</sup>

Die Gründe für Wohnungslosigkeit von Jugendlichen sind vielfältig: prekäre Familienverhältnisse, schwierige persönliche Lebensumstände, Umbruchsituationen, zunehmende Armut von Kindern und Jugendlichen, wachsende Arbeitslosigkeit gerade unter Jugendlichen und Jungerwachsenen ... – und nicht zuletzt das Versagen des Wohnungsmarktes bzw. der Wohnungspolitik. Der Hamburger Senat, der mit seinem Konzept der „wachsenden Stadt“ einiges dafür tut oder zu tun beabsichtigt, „junge qualifizierte Menschen“ anzulocken, anerkennt nicht einmal das Problem, dass der Wohnungsmarkt viel zu wenig preisgünstige kleine Wohnungen bereitstellt. Auf eine

Anfrage, die der Arbeitskreis zusammen mit der GAL stellte, antwortete er lapidar: „Der Senat teilt die Einschätzung nicht, dass Engpässe auf dem Hamburger Wohnungsmarkt insbesondere bei kleineren Wohnungen zu verzeichnen wären. Er zielt mit seiner Politik auf ein für alle Alters- und Bevölkerungsgruppen angemessenes Angebot auf dem Hamburger Wohnungsmarkt.“<sup>4</sup>

Der Arbeitskreis dagegen stellt fest, dass es für seine Zielgruppe so gut wie keine Wohnungen gibt, weder auf dem freien noch auf dem geförderten Wohnungsmarkt. Die Behauptung, die Situation auf dem Wohnungsmarkt habe sich entspannt, trifft lediglich auf den oberen Mietbereich zu. Von den derzeit 153.000 Sozialwohnungen (1996 waren es noch 22.000 mehr) werden bis 2010 rund 50.000 aus der Mietpreisbindung herausfallen. Im Bezirk Nord z.B. hat sich der Bestand von ehemals 25.000 bis 30.000 bis heute auf ca. 10.000 Sozialwohnungen reduziert. Insgesamt werden viel zu wenig neue Sozialwohnungen gebaut, so dass sich die Wohnungsnot absehbar enorm verschärfen wird. Und angesichts dessen wird es gerade für „Problemgruppen“ – Geringverdienende, Auszubildende, obdachlose Schwangere bzw. junge Mütter, Alleinerziehende, junge Familien, junge Erwachsene, Migranten, Asylbewerber, Flüchtlinge, Haftentlassene ... – immer schwerer, eine Wohnung zu finden. Sie machen zunehmend die Erfahrung der Selektion.

SAGA und GWG vermitteln ihre Wohnungen gerne nur noch an erwerbstätige Mieter und Mieterinnen mit gutem Einkommen. Sie sind schon lange nicht mehr in der Pflicht, heißt es in der Informationsmappe des Arbeitskreises, freie Sozialwohnungen an das Wohnungsamt zu melden, sondern können selbst über die Belegung von Sozialwohnungen nach Dringlichkeitsschein verfügen. Da sie generell eine Schufa-Auskunft einholen, haben Sozialhilfeempfänger kaum noch Chancen. Von den 6.424 „vordringlich Wohnungssuchenden“, denen 2002 Dringlichkeitsscheine bewilligt wurden, haben lediglich 2.253 eine Wohnung gefunden, also rund 35% – im Jahr 2002 betrug die Quote noch 53%. Zudem erhalten junge Menschen nur schwer einen Dringlichkeitsschein. Begründung: Sie würden dadurch diskriminiert.

Mit den Schwierigkeiten, eine eigene bezahlbare Wohnung zu finden, ist es nicht genug. Der Arbeitskreis kritisiert, dass es in Hamburg kaum bzw. nur unzureichend adäquate Notschlafplätze für junge Obdachlose gibt, die ihren Bedürfnissen und Bedarfen entsprechen. Viele Angebote richten sich an ältere obdachlose Menschen. Der Kinder- und Jugendnotdienst oder das Statthaus sind wiederum nur für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre zuständig. Andere Angebote sind nicht niedrigschwellig, wieder andere auf spezielle Zielgruppen ausgerichtet. Zusammenfassend stellt der Ar-

beitskreis fest, seien „für junge obdach- und wohnungslose Menschen die Chancen auf eine eigene Wohnung gering [...] Die Folgen sind enorm:

- Sie müssen länger in prekären Wohn- und Gewaltsituationen verharren. Gerade bei Frauen ist Angst vor Gewalt ein zentrales Thema.
- Aufgrund von Mehrfachbelastungen treten psychische Folgeerkrankungen auf.
- Die Unterbringung in Notunterkünften hat zur Folge, dass unterschiedlichste Problemlagen aufeinander treffen. Streit, körperliche Auseinandersetzungen etc. sind vorprogrammiert.
- Ohne Wohnung ist die Aussicht auf eine Arbeit bzw. Ausbildung gering bis unmöglich. Die Perspektivlosigkeit setzt sich fort.
- Jugendlichen steht keine stabile Grundlage zur Verfügung, um eine altersgemäße Entwicklung zu beschreiten.“

Der Arbeitskreis „Wohnraum für jun-

ge Menschen“ fordert deshalb:

- Bezahlbare und kleine Wohnungen, die auch jungen Menschen zur Verfügung gestellt werden.
- Aufhebung der Mietobergrenzen
- Mehr soziale Einrichtungen mit Übernachtungsangeboten speziell für 16-27-Jährige
- Wohnraum, in den von entsprechenden Einrichtungen der Jugendhilfe vermittelt werden kann
- Akzeptanz verschiedener Wohn- und Lebensformen, auch wenn sie den gesellschaftlichen Normen nicht entsprechen

scc

1 Im Arbeitskreis haben sich Vertreterinnen und Vertreter folgender Einrichtungen zusammengeschlossen: ASP Wegenkamp, Basis e.V., HUDE, Jugendberatungszentrum Apostenkirche, Sperrgebiet, Straso Rahlstedt, Nox 2 Wohnungsnot junger Menschen in Hamburg, in: Forum für Kinder- und Jugendarbeit 2/2004 3 Angaben nach: [www.wohnungsnotfallhilfe.nrw.de/de/das\\_thema/wohnungsnot.html](http://www.wohnungsnotfallhilfe.nrw.de/de/das_thema/wohnungsnot.html) 4 Drs. 17/3526, 2003, zitiert nach Fußnote 2

Aus: Lokalberichte Hamburg Nr. 15, 2004

**Frankfurt:**

## Kommunale Mietpreispolitik beschleunigt Mietanstieg

**Mieter helfen Mieter fordert: Mietanstieg wirksam bremsen**

PRESSEMITTEILUNG MIETER HELFEN MIETERN, 20.7.04. Die Entscheidung des Wohnungsausschusses, den Antrag der GRÜNEN zurückzuweisen und die Miethöheregelung für städtische Wohnungen beizubehalten, verhindert eine effektive Mietpreispolitik und damit Sozialpolitik zur Entlastung (!) des kommunalen Haushalts (Mietzuschüsse usw.).

Bereits vor der letzten Kommunalwahl hatte die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, dass die Mieten bei der städtischen Wohnungsgesellschaft maximal um 15% im Abstand von 3 Jahren erhöht werden dürfen. Die gesetzliche Regelung würde 20% erlauben.

Die 15%ige Kappung hilft zwar wenig bzw. selten, war aber ein Schritt in die richtige Richtung. Die Regelung kommt fast nur in Ausnahme- bzw. Härtefällen zur Anwendung, da die meisten Mieten schon so dicht am Mietspiegel liegen, dass 15% nicht mehr ausgeschöpft werden können, oder da Mieterhöhungen nach Modernisierung durch die gesetzliche Kappungsgrenze überhaupt nicht geschützt sind. So hat die ABG kürzlich in Oberrad Erhöhungen von bis zu 3,50 Euro pro qm nach Modernisierung angekündigt!

Frankfurt am Main braucht eine wirk-same Bremse gegen den seit den 90er Jahren andauernden Mietenanstieg: Von 1989 bis 1999 stieg die Mietspiegelmiete um 41,4% (der Lebenshaltungskostenin-

dex stieg im selben Zeitraum um knapp 25%). Da die Einkommen der Mieter kaum noch steigen, stieg die Frankfurter Mietlastquote (Teil der Miete am Einkommen) von 1993 bis 2000 von 27,9 auf 31,3%. Frankfurt am Main nimmt bundesweit eine traurige Spitzenstellung ein.

**Obdachlose**

## Stadt Köln schläft weiter

Aus Anlass des des zehnjährigen Jubiläums des Vereins „Bürger für Obdachlose“ führten dessen Trägereinrichtungen eine Pressekonferenz im Gebrauchtwarenkaufhaus des Vereins in der Silberstraße 11 in Bickendorf durch.

Zwar ist die Obdachlosigkeit in Köln in den letzten 10 Jahren offiziell zurück gegangen, auf 8.647 Personen laut Statistik des Landes NRW vom 30.6.2002, doch ist dies kein Grund zur Freude. In erster Linie ist dies zurückzuführen auf eine veränderte Zählweise. Köln hat in Relation je EinwohnerIn nahezu doppelt so viele Obdachlose wie andere NRW-Großstädte. Laut Willi Does von der Emmaus Gemeinschaft ist die Obdachlosigkeit größtenteils ein innenstädtisches Problem. Durch die Vertreibungspolitik aus der Innenstadt, die den Obdachlosen den Lebensort entzieht, verlagert sich das Pro-

blem jedoch vermehrt nach Kalk, Deutz, Poll, Porz und zunehmend Mülheim. Ein ungeklärtes Problem ist dabei die Privatisierung öffentlichen Raumes, z.B. des Hauptbahnhofes. Dort hat sich die Situation durch die Ombudsfrau Schwester Alexa gebessert.

In den städtischen Wohnungen leben größtenteils Mieter mit geringen Einkommen. Weiterhin sind die Wohnungen und das Wohnumfeld oft von minderer Qualität. Außerdem ist es in langjährigen Mietverhältnissen nicht üblich, dass die Mietspiegelmiete verlangt wird. Diese Tatsache wird u.a. durch den Mietspiegel selbst belegt:

Die Vergleichsmiete ist der Durchschnitt aus den Erhöhungen der letzten 4 Jahre sowie den Neuvertragsabschlüssen dieses Zeitraums. Dass der Mietspiegel niedriger liegt als die Neuabschlüsse, erklärt sich statistisch aus den relativ niedrigen Bestandsmieten in langjährigen Mietverhältnissen. Diese Mieten liegen also üblicherweise unter Mietspiegelniveau.

Wenn nun die ABG ihren Apparat dazu nutzt, 50.000 bzw. fast ¼ aller Frankfurter Mietwohnungen konstant auf dem aktuellen Mietspiegelwert zu halten, betreibt sie damit eine maximale Ausnutzung der gesetzlichen Möglichkeiten, die bei privaten Hauseigentümern kaum vorkommt. Dies ist weder moralisch noch sozialpolitisch noch fiskalisch noch in Bezug auf die preistreibenden Auswirkungen auf den Mietspiegel zu rechtfertigen.

Das vorgetragene Argument, die ABG benötige das Geld, um zu sanieren und neu zu bauen, ist falsch. Die Sanierungen laufen trotz der in der Vergangenheit so beklagten niedrigen Einnahmen ohne Not und sind zum Großteil abgeschlossen.

Frankfurt benötigt eine effektive Mietpreisbremse, bis alle Mieter die Preissprünge der letzten 15 Jahre ohne ein Leben in Armut wieder verkraften können. Betroffen sind hiervon insbesondere die Rentner und die Arbeitnehmer mit den kleinen Einkommen.

Aus: Frankfurter Info, Nr. 15, 2004

Insgesamt entwickelt die Stadt Köln zu wenig Ideen und Phantasie, um dem Problem zu begegnen. Auch ein offener Dialog und klare Ansprechpartner fehlen. Zwar sind z.B. Verbesserungen in der Annostraße erkennbar, doch andererseits wurden viele Schlafstätten geschlossen. Auch drückt sich die Stadt davor, selber



→ Träger von Einrichtungen zu sein und gibt dies lieber in die Verantwortung der Trägereinrichtungen.

Auf wenig Gegenliebe stößt die Forderung nach neuen Wohnformen, denn viele Obdachlose sind traumatisiert und können nicht selbstständig alleine in einer Wohnung leben. Daher fordern die Trägereinrichtungen alternative Formen wie Bauwagenplätze und die Nutzung leerstehender Häuser. Gerade die Medien sind dort in der Verantwortung einzuhaken.

Der Verein stellt in Köln vermehrt Übergangsformen materieller Not fest. So kochen z.B. die Kindergärten in der Hacketäuerstraße in Mülheim-Nord montags doppelt so viel Essen, da die Kinder ausgehungert sind. Rosi Herting vom Verein „Oase“ bemerkt die wachsende Perspektivlosigkeit und gesellschaftliche Kälte. Dank der ab 2005 geplanten Hartz IV Gesetze nimmt die Aggressivität und Unsicherheit zu. Doch auch die Trägereinrichtungen sind gefährdet, denn alle Betreuungseinrichtungen, die nicht Pflichtleistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz sind, sind durch Hartz IV in ihrer Existenz bedroht. Schrittweise verändert sich auch die Struktur der Hilfesuchenden. Waren es früher fast nur Männer, sind es heute vermehrt Jugendliche und Rentner und besonders Frauen.

Die Krankenbetreuung wird auch zunehmend zum Problem. Krankenhäuser sind zunehmend weniger bereit, Obdachlose ohne Bezahlung aufzunehmen. Die Träger fordern von der Stadt dringend ein neues Modell der Betreuung zu entwickeln.

Nicht zuletzt ist die Arbeit der Trägereinrichtungen praktizierter Umweltschutz. Gerade in dem Bereich schläft die Stadt Köln. Die Träger greifen nämlich 9% des Kölner Sperrmülls ab, von denen 70% in den Verkauf gehen und 30% in das Recycling. Dies entspricht 3.200t Sperrmüll, durch die 15 Arbeitsstellen gesichert werden, und was der Stadt so nebenbei Geld spart. Während die Stadt Bonn ihren Sperrmüll zu 50% wiederverwertet und zu 50% verbrennt, setzt Köln zu 100% stur auf die Verbrennung in der MVA. Doch ein Anfang wird gemacht, indem der Rat der Stadt Köln am 20.7. voraussichtlich einen Vertrag des Verbundes gemeinnütziger Kölner Möbellager mit den Abfallwirtschaftsbetrieben AWB beschließen wird.

Abschließend bliebe noch zu betonen, dass auch Obdachlose und JVA-Insassen ihr Wahlrecht wahrnehmen können müssen. Es ist an der Zeit auf die Verwaltung Druck auszuüben, um eine ordnungsgemäße Teilnahme an der Kommunalwahl zu ermöglichen. Organisatorisch ist dies machbar. Und natürlich werden Spenden gebraucht für die Arbeit. Kontaktadressen und Bankverbindungen sind über die Lokalberichte erhältlich.

*Timothi Maywood*

Aus: Lokalberichte Köln, Nr.15, 2004

## Wohnanlage verwahrlost

# Stadt Elmshorn geht gegen Vermieter vor

Die Stadtverwaltung und Kommunalpolitik macht Front gegen den Großvermieter Gerd Thormählen. Er soll zum Verkauf der 750 Wohnungen in Hainholz gezwungen werden. Eine Bestandsaufnahme des Soll- und Ist-Zustandes durch Vertreter der Fraktionen von SPD und WGE/Die Grünen belegt die trostlose Situation in Hainholz: Die vorhandenen Verwahrlostungstendenzen der Wohnanlage konnten nicht durch die vom Vermieter eingestellten Hausmeister aufgehalten werden. Das passive Verhalten gefährdet die Gesundheit und das Leben von Menschen. Viele Wohnungen weisen einen Reparaturbedarf auf. Etliche haben Feuchtigkeitsschäden. Schließanlagen sind de-

SPD an der Umsetzung des Projektes Soziale Stadt orientieren, ist bei CDU und FDP noch nicht ausgemacht wohin die Reise geht Auch sie sind für Druck auf den Vermieter mit selten deutlichen Worten. Es kann aber auch sein, dass die Mieter, von 750 sind 280 Sozialhilfeempfänger, dabei unter die Räder geraten. Während die Mehrheitsfraktionen die gemeinnützige Servicegesellschaft auf der letzten Kollegiumssitzung ablehnten, weil damit der Vermieter „aus seiner Verantwortung“ genommen wird, macht der Vorschlag des CDU-Stadtverordneten v. Abercron stutzig, die Verantwortung über die Zahlung der Mieten auf die Sozialhilfeempfänger direkt zu verlagern. Da-



fekt. Türen stehen nachts offen. Die Treppenhäuser sind extrem verschmutzt. Es bestehen Unfallgefahren durch die unebenen gepflasterten Wege. Die Spielgeräte auf den Spielplätzen sind beschädigt. Die Parkplätze sind vermüllt. Die Überwachung der Hausanlage wird durch die Hausmeister nicht wahrgenommen. Sie erhalten dafür keine konkreten Aufträge. Die Bestandsaufnahme der beiden Fraktionen sollte auch eine gemeinnützige GmbH „Service für Hainholz“ begründen. Diese war als „integriertes Handlungskonzept für das Projekt Soziale Stadt in Hainholz“ vorgesehen, um das Wohnumfeld zu verbessern. Tatsächlich kommen Verwaltung und Kommunalpolitik mit dem Projekt soziale Stadt nicht weiter, da aufgrund einer Entscheidung des Innenministeriums der jetzige Eigentümer wegen unterlassener Instandhaltung keine Fördermittel erhält. Während sich WGE/Die Grünen und

mit stürzt die CDU wohlwissentlich Menschen in einen Rechtskonflikt, den sie nach den neuesten Urteilen im Mietrecht nicht gewinnen können. Dieser Vorschlag wird von der Verwaltung derzeit noch geprüft. Weiter sollen alle ordnungsrechtlichen Hebel in Bewegung gesetzt werden. Dabei bereitet die Verwaltung die Ausweisung des Kerns von Hainholz als Sanierungsgebiet vor. Ein Schritt, der der Kommune weitreichende Rechte einräumen würde. Für Thormählen wäre dies ein unangenehmer Schritt: Er könnte seine Wohnungen nicht mehr ungehindert verkaufen an wen er möchte. Allerdings: Legt die Stadt bei einem geplanten Verkauf ein Veto ein, könnte Thormählen ein Übernahmeverlangen aussprechen. Die Stadt müsste selbst die Wohnungen erwerben. Damit ständen für die Stadt allerdings Fördermittel in Aussicht. (rua)

Aus: Elmshorner Gegensätze, Nr. 7, 2004



## Sozialverwaltung drängt Jugendliche aus der Sozialhilfe: MANNHEIM.

Die Mannheimer „Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung durch Verbesserung der Sozialhilfe“ zeigen erste Ergebnisse: Über 615 der 1100 Sozialhilfeempfänger im Alter bis zu 25 Jahren wurden aus den Leistungsbezug herausgedrängt. Die Mannheimer Sozialverwaltung setzte die Vorschläge des Sozialamtsleiters Hermann Genz um. Besonders pikant: Das Mannheimer Modell ist seit kurzem Modellprojekt zum exemplarischen Ausbau des Sonderprogramms Jump Plus, quasi im Vorgriff auf das ALG II. Zum einen ist fraglich, ob die Maßnahmen durch das geltende BShG gedeckt sind, zum anderen würde dies bedeuten, dass ab Januar 2005 unzählige Leistungsberechtigte aus dem ALG II-Bezug gedrängt werden. Dahingehende CDU-Verlautbarungen, dass ALG II-Empfänger zum „Laternenputzen“ oder zur „Hundekotentsorgung“ eingesetzt werden sollen, sind eindeutig. Hermann Genz ließ seine Repressalien beschließen, als die Bundespolitik über die anstehenden Arbeitsmarktreformen berieten. In einer Drucksache der Mannheimer Verwaltung heißt es: „Es sollen Anreize für einen Verbleib in der Sozialhilfe reduziert werden oder gar gänzlich gestrichen werden.“ [www.tacheles-sozialhilfe.de](http://www.tacheles-sozialhilfe.de)

Kommunal-Info Mannheim

**Hartz IV: Zusagen der Stadt reichen nicht!** BOCHUM. Der Bochumer Mieterverein „begrüßt zwar grundsätzlich, dass die Bochumer Stadtverwaltung die Warnungen des Mietervereins aufgegriffen hat, dass Hartz IV bei restriktiver Auslegung zu massenhaften Mieterverdrängungen führen wird.“ Dennoch hält der Verein weitere Zusagen der Stadt für dringend notwendig. Es reiche nicht aus, nur bei älteren Arbeitnehmern oder minimalen Wohnkostenüberschreitungen Ausnahmen bei der Frage nach einem erzwungenen Umzug zuzulassen. Es werde immer offenkundiger, dass der einzige Zweck der ganzen so genannten Reform darin liege, die gigantische Umverteilungsmaschinerie, die seit Jahren Arme immer ärmer und Reiche immer reicher mache, noch einmal zu beschleunigen. Wenn die Sozialdezernentin Umzüge nicht ausschließen mag, dann heiße das doch nichts anderes, als dass sie früher oder später auch stattfinden würden. Hartz IV lässt eine Übergangsfrist von sechs Monaten zu. Man müsse sich aber ernsthaft fragen, ob die Bildung von Arbeitslosenghettos für die Gesellschaft unterm Strich nicht wesentlich teurer käme. Auch die jahrelangen Bemühungen, kritische Wohnquartiere zu stabilisieren, seien unmittelbar gefährdet.

[www.bo-alternativ.de](http://www.bo-alternativ.de)

**Soziales Zentrum:** NORDERSTEDT. Der seit 1995 an der Ulzburger Str. ansässige Verein Soziales Zentrum bittet Bürgermeister Grote um Verhandlung eines neuen Vertrags. Der alte Vertrag läuft im August 2005 aus. Zwar wurde der Bürgermeister vor der Wahl nach seinen Vorstellungen das SZ betreffend befragt, dieser äußerte sich aber nur abwertend, belustigend über das Prinzip der Eigeninitiative. Auch auf eine zweite, schriftliche Anfrage an den alten und neuen 1. Mann in der Stadt mit Bitte um Antwort vor Wochen reagierte dieser nicht. Damit bringt Grote nicht nur seine persönliche Abneigung dem Verein gegenüber zum Ausdruck, sondern stellt ihn auch vor eine große Planungsunsicherheit. Denn die kulturelle und politische Arbeit des Sozialen Zentrums bedarf vertraglicher Kontinuität. Die Arbeit des Vereins umfasst ein breites Spektrum an Angeboten und Initiativen. Hierzu zählen nicht nur Aktionen gegen Entdemokratisierung, Sozialabbau, Diskriminierung und Krieg, sondern auch Konzerte, diverse Workshops wie Schweißen, Yoga, Fotografieren, Selbstverteidigung für Frauen und öffentlicher Internetzugang. Deshalb fordern die Nutzer des SZ Grote auf, die Verwaltung anzuweisen, einen neuen Nutzungsvertrag über weitere 10 Jahre aufzusetzen.

[www.infoarchiv-norderstedt.org](http://www.infoarchiv-norderstedt.org)

**Neue Millionen für Job-Programm gefordert:** BERLIN. Die Kommunen haben davor gewarnt, ihre Möglichkeiten zur Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen zu überschätzen. Ohne einen erneuten Millionenbetrag ließen sich die erwarteten kommunalen Investitionen zur Belebung des Arbeitsmarktes nicht verwirklichen, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB). Er schlug vor, dafür vorhandene Finanzmittel aus der Bundesagentur für Arbeit (BA) zu verwenden. Statt oft fragwürdige Weiterbildungskurse zu fördern, sollte besser Arbeit finanziert werden. Die Kommunen hätten kein Geld, um einen auf dem Arbeitsmarkt spürbaren Effekt auszulösen. Mit den gewährten 3,2 Milliarden Euro ließen sich mindestens die Unterkunftskosten decken. „Das bloße Zusammenlegen von Arbeitslosen- und Sozialhilfe schafft noch nicht mehr Beschäftigung“. Die neuen Länder hätten kein Vermittlungs- sondern ein Arbeitsplatzproblem. Auf eine freie Stelle kämen gegenwärtig 29 Bewerber. Er sprach sich dafür aus, die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Ostdeutschland wieder auszuweiten, um den Menschen eine Perspektive zu geben.

[www.dstgb.de](http://www.dstgb.de)

Zusammenstellung: ulj

Nachdem der IG Metall eine große Mobilisierung der DaimlerChrysler-Beschäftigten gelungen war, drückt das Ergebnis vor allem aus, dass die Beschäftigten wie Gewerkschaft die Verlegung der Produktionsmittel mehr als alles andere fürchten. Andererseits hat sich auch gezeigt, dass die Widerstandskraft der IG Metall keineswegs bei Null steht. Die Auseinandersetzungen finden vor dem Hintergrund sinkender Mitgliederzahlen der DGB-Gewerkschaften, auch der IG Metall, statt, ein Trend, der die Kapitalseite zu immer dreisteren Angriffen reizt. – Wir dokumentieren die IG-Metall-offizielle Nachricht des Abschlusses sowie den Bericht von einer Betriebsversammlung im Zulieferbereich.



Dokumentiert

# Das Daimler Chrysler Gesamtpaket

IG Metall, Gesamtbetriebsrat und Vorstand einigen sich auf Gesamtpaket

- Beschäftigungssicherung im gesamten Unternehmen bis 2012
- Sicherung der Einkommen für die heutige Belegschaft
- Keine Eingriffe in die Flächentarifverträge

Gesamtbetriebsrat, IG Metall und Unternehmensleitung haben sich nach schwierigen Verhandlungen in der Nacht zum Freitag geeinigt. Der Gesamtbetriebsrat konnte sein zentrales Ziel der Beschäftigungs- und Einkommenssicherung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der DaimlerChrysler AG bis 2012 erreichen. Durch die verbindliche Zusage von Investitionen für eine Reihe von Nachfolgeprodukten geht die Beschäftigungssicherung zum Teil sogar über 2012 hinaus.

Ein Kündigungsausschluss von mehr als 7 Jahren ist bundesweit einmalig. Gleichzeitig ist es Betriebsrat, IG Metall und den Beschäftigten gelungen, die massiven Angriffe auf den Flächentarifvertrag abzuwehren und eine faire Umsetzung von ERA zu erreichen.

Erich Klemm, Gesamtbetriebsratsvorsitzender: „Die langfristige Sicherung der Arbeitsplätze und Einkommen hat für uns die höchste Priorität. Deshalb haben wir letztendlich den hohen Preis

→ von annähernd 500 Millionen Euro akzeptiert. Die Alternative wäre gewesen, künftig jedes Jahr neue Auseinandersetzungen um Investitionsentscheidungen, Arbeitsplätze und Einkommen führen zu müssen. Die Unternehmensleitung hat uns erhebliche Beiträge zur Kostensenkung abverlangt, die uns sehr weh tun. Dennoch – wir haben diesen hohen Preis in Kauf genommen, weil heute ein langfristig sicherer Arbeitsplatz von unschätzbarem Wert ist.“

Die einzelnen Bausteine:

**ERA:** Ein Teil des Pakets wird dadurch finanziert, dass die Entgeltkurve in 2006 um 2,79 % abgesenkt wird. Das führt zu geringeren Entgeltzuwächsen in 2006, die mit der ERA-Einmalzahlung ausgeglichen werden. Bei Einführung von ERA ist – auf Basis unserer Beschäftigtenstruktur – eine Erhöhung des Entgeltvolumens von 1,5 % zu erwarten. Entsprechend wurden als zusätzliche Maßnahme zur Kostensenkung die sich aus ERA ergebenden Zuwächse bei 1,5 % gedeckelt. Der GBR konnte gemeinsam mit der IG Metall ein ausgewogenes Eingruppierungssystem sowie eine einheitliche Entgeltlinie für die DaimlerChrysler AG auf Basis der baden-württembergischen Tarifregelungen durchsetzen. Für neue Mitarbeiter gilt künftig eine niedrigere Entgeltlinie. Kein Mitarbeiter wird nach der ERA-Einführung weniger haben als vorher. Das heutige Entgelt ist tarifdynamisch abgesichert.

Die Niederlassungen verbleiben auf dem Niveau des Industrietarifvertrages.

**Gesamtbetriebsvereinbarung auf Basis des Ergänzungstarifvertrags für Dienstleistungen:** Unter der Bedingung, dass das Unternehmen auf Outsourcing im Dienstleistungsbereich verzichtet und fremdvergebene Bereiche wieder eingliedert, werden in diesen Bereichen Arbeitsbedingungen geschaffen, die den langfristigen Verbleib der Beschäftigten dieser Bereiche im Unternehmen sichern. Da branchenübliche Arbeitsbedingungen erheblich unter DaimlerChrysler Niveau liegen, konnte dies nur durch Anpassungen erreicht werden. Stufenweise wird die Arbeitszeit bis zum 1.7.2007 auf 39 Stunden angehoben. Im Gegenzug dazu wird ab dem 54. Lebensjahr die Arbeitszeit stufenweise mit vollem Lohnausgleich auf 34,5 Stunden (ab dem 60. Lebensjahr) abgesenkt. Die derzeitigen Belegschaften bleiben mit ihrem bisherigen Einkommen abgesichert und sind weiterhin vollwertige Beschäftigte der DCAG (z.B. mit Betriebsrenten, Ergebnisbeteiligung usw.)

**Flexibler werksübergreifender Personaleinsatz:** Die Ausbildungsquote wird mindestens beibehalten. Alle Auszubildenden erhalten eine Übernahmegarantie. Neu ist, dass künftig alle ausgelernten Auszubildenden, Befristete und Neueinsteiger für ein bis drei Jahre einer internen Drehscheibe angehören. Sie sollen in dieser Zeit mehrere Stationen im Werk durchlaufen. Bei Personalüberhängen im

eigenen Werk können sie in anderen Standorten eingesetzt werden. Nach spätestens 3 Jahren werden sie fest in ihre Heimatwerke übernommen. Damit werden Personalflexibilität und Personalentwicklung erhöht.

**Leiharbeit:** DCAG-weit kann im Umfang bis zu 1,5 % der Gesamtbelegschaft (2.500 Arbeitskräfte) Leiharbeit eingesetzt werden. Leiharbeiter erhalten das tarifliche Monatsentgelt der Metallindustrie ohne DC AG-Zulagen. Damit liegen sie deutlich über ihrem vergleichbaren Branchenentgelt.

**Ermöglichung einer bezahlten 40-Stundenwoche in Forschung, Entwicklung und zentraler Planung auf Basis eines Ergänzungstarifvertrags:** Für die Bereiche Forschung, Entwicklung und zentrale Planung wird die 18%-Quote aufgehoben. Die Ausweitung der bezahlten Arbeitszeit erfordert im Einzelfall die Zustimmung des Arbeitgebers und des Beschäftigten. Sollte sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt für die von dieser Regelung betroffenen Beschäftigten Gruppen erheblich verschlechtern, kann der Betriebsrat eine Revision dieser Regelung verlangen. Den betroffenen Beschäftigten wurde auf freiwilliger Basis gleichzeitig eine 30-Stundenwoche als Vollarbeitszeit ermöglicht.

**Sindelfinger Regelungen:** Künftig werden im Indirekten Bereich und im Angestelltenbereich zwei Qualifizierungstage pro Beschäftigten und Jahr mit Freischicht- bzw. Gleitzeitguthaben verrechnet. Im direkten Bereich wird Erholzeit in einen zusätzlichen Qualifizierungstag pro Jahr gewandelt. Eine halbe Stunde Kommunikationszeit pro Woche entfällt. Die Spät- bzw. Nachtschicht wird entsprechend der zusätzlichen Kapazität verkürzt.

**Ihren Teil zum gesamten Sparpaket tragen die Leitenden Angestellten und der Vorstand mit einem Gehaltsverzicht bei.**

**Betriebsversammlung ZF Sachs AG**

## Im Zeichen der „Einsparpakete“

SCHWEINFURT. Der Sachs-Vorstandsvorsitzende Dr. Herter sprach von „aggressivem Wachstumskurs“ der ZF Sachs AG und berichtete von hoher Auslastung mit Umsatzsteigerungen im ersten Halbjahr von 10 % gegenüber dem Vorjahr (vor allem bei schweren NKW von 14 Prozent). Die Ertragslage bleibe jedoch nach wie vor hinter den Erwartungen zurück, vor allem bei den deutschen Standorten. Hier gelte es anzusetzen. Er wolle zwar kein Angstscenario aufziehen, aber ...

Nicht nur Daimler, auch VW, Bosch, Opel und vor allem Ford würden Einsparpakete schnüren. Ford wolle von 22 Standorten in Europa 12 schließen. Die nächsten Preisrunden würden kommen und ZF-Sachs bleibe in diesem Umfeld als Zulieferer nicht unberührt. Es werde dem Management in Zeiten der Überproduktion nicht leicht gemacht, dem Preisdruck der Konzerne zu widerstehen, ohne dass es zu Kündigungen komme. Es werde sehr viel Kraft und Management-Power benötigen, das Versprechen zum Standort Deutschland einzuhalten.

Die Verbesserung der Ertragssituation könne nur durch Steigerung der Produktivität, Qualität, Flexibilität und Motivation gelingen. Die bisher gebrachten Leistungssteigerungen reichten nicht aus.

Das politische Umfeld müsse in Ordnung gebracht werden. Die Lohnnebenkosten seien die höchsten der Welt. Wegen



**Demonstration von Daimler-Beschäftigten aus Mettingen nach Untertürkheim**



zu geringer Flexibilität bei der Arbeitszeit sei Sachs bei der Plattform von Ford nicht zum Zug gekommen.

Betriebsratsvorsitzender Willy Dekant: Aus der Tatsache, dass es die größten Konzerne wie Daimler-Benz und Siemens seien, die den Vorreiter beim Angriff auf die tariflich vereinbarten Arbeitsbedingungen spielten, könne sich jeder an fünf Fingern ausrechnen, dass es nur eine Frage der Zeit sei, bis man auch bei Sachs mit ähnlichen Forderungen konfrontiert werde.

Niemand solle aber von ihm hier erwarten, dass er sozusagen vorausblickend mit der Verteidigung der bei Sachs geltenden Vereinbarungen beginne.

Ein Hinweis erscheine ihm aber in diesem Zusammenhang und gerade mit Blick auf die Vorgänge bei Daimler-Benz wichtig: Wer die in Bayern und für Schweinfurt gültigen Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen mit den in Nordrhein-Westfalen und für das Sachs-Werk in Eitorf gültigen Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen vergleiche, werde unschwer eine ganze Reihe von Regelungen finden, die in Schweinfurt günstiger seien als in Eitorf – oder umgekehrt.

Die Arbeitgeber-Argumentation verlaufe immer nach diesem Muster: Man greife bestimmte Regelungen heraus, die es am anderen Standort nicht gäbe, oder die dort schlechter seien, brandmarke die ungerechte Besserstellung und fordere die Streichung bzw. Reduzierung dieser Leistungen.

Im Falle Daimler-Benz sei nur darauf verwiesen, dass Erholungspausen an Bändern bzw. im Akkord in den 70er Jahren in allen großen Automobilkonzernen vereinbart wurden. Sogenannte persönliche Verteilzeiten, die es den Akkordarbeitern erlauben, ihre persönlichen Bedürfnisse zu verrichten, die Toilette aufzusuchen, Kaffee zu holen, eine Brotzeit zu kaufen, die Hände zu waschen, usw. gebe es auch bei Sachs!

„Spalte und herrsche!“, nenne man dieses Vorgehen!

In Baden-Württemberg gäbe es eine Spätschichtzulage, die es in Bayern nicht geben würde. In Bayern gäbe es im Dreischichtbetrieb eine halbe Stunde bezahlte Pause, die es in NRW nicht geben würde, usw., usw. – alles potenzielle Angriffspunkte für die ach so gerechtigkeitsliebenden Arbeitgeber!

Sei noch vor kurzem die Hauptargumentation der Arbeitgeber gewesen, die Tarifverträge seien nicht differenziert und flexibel genug, man brauche viel mehr regionale und betriebliche Differenzierung, so drehe man die Sache jetzt um und nutze die vorhandene Differenzierung zum Angriff auf die Arbeitszeitstandards.

Sehr beliebt seien auch Argumente, die besserverdienende Angestellte und Produktionsarbeiter gegeneinander jagen. Er erinnere deshalb nur daran: Sollte statt der 35 Stunden Wochenarbeitszeit

wieder eine 40-Stunden-Woche Standard werden, würden die Dreischichtarbeiter 30 Freischichten im Jahr verlieren, der hoch qualifizierte Angestellte mit 40-Stunden-Vertrag dafür aber 14,3 Prozent seines Monatsgehalts! Dekant schloss mit dem Appell: „Lassen Sie sich nicht von argumentativen Trickbetrügnern hereinlegen! Lassen Sie sich nicht gegeneinander ausspielen!“

Klaus Ernst, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Schweinfurt: Man könne in einer Abschwungphase durch Lohnkürzungen keine Nachfrage wecken, wie eben schon Henry Ford gesagt hätte: „Autos kaufen keine Autos“. Die Siemens-Mitarbeiter hätten jetzt 12 Prozent weniger Lohn in der Tasche, auch die würden keine Autos mehr kaufen. Der Lohnanteil bei einem Handy läge bei 10%. Also habe Siemens jetzt ein Prozent eingespart. Dies sei reine Erpressung. Herr Teufel sage, wer gesund sei, könne auch länger arbeiten. Herr Rogowski fordere 50 Stunden in der Woche und Herr Handke eine Woche weniger Urlaub. Das sei und bleibe Erpressung. Der Straftatbestand der Erpressung müsse im Strafgesetzbuch in diesem Sinne paraphiert werden. Warum sei es bei Siemens so weit gekommen? Der Krankenstand bei Siemens sei höher als der Organisationsgrad. Nur mit starken Belegschaften könne man etwas erreichen. Das sollte man daraus lernen.

Siemens und Daimler ginge es gut. Die Vorstände setzten Milliarden in den Sand und die Beschäftigten sollten dafür aufkommen. Auch ein Herr Herter habe in der Presse schon Begehrlichkeiten in Richtung 40-Stunden-Woche geäußert.

Aber warum sollten immer nur die Arbeitnehmer zahlen? Eine Arbeitszeitverlängerung mache keinen Sinn. Weniger Geld bedeute auch weniger Geld in die Sozialkassen, heiße entweder Leistungskürzungen oder Beitragserhöhungen, die wir jetzt auch noch allein finanzieren müssten.

Die Experten sprächen von einer Wachstumsrate von 2 %. Bei einer 50 Stundenwoche wären das ein Produktwachstum um 40 Prozent. Was machten sie dann mit den Produkten? Das sei volkswirtschaftlicher Unsinn. Diese Rechnung ginge nicht auf. Diesen Leuten sei es egal, ob Tausende auf die Straße fliegen. Es sei unredlich, was sie in der Giftküche der deutschen Industrie planten, und was ihre Leiharbeiter, die jetzige Bundesregierung, umsetze. Eine kleine gesellschaftliche Minderheit handele gegen das Gemeinwohl. Es gehe nur um das Füllen der Konten dieser kleinen Minderheit. Früher hätte es Sklavenhalter, dann Adelige und Feudalherren gegeben, dann eine Zeit der Sozialpartnerschaft, jetzt wolle diese Clique uns einen Lebensstil aufzwingen, der da heiße: „Wer nicht pariert, fliegt raus!“

Es finde ein Generalangriff statt, gegen den der Kampf aufgenommen werden müsse. ■

**Berufstätigkeit von Frauen auf Kosten der Kommunen.** HB, Mo., 12.07.04. – M. Rogowski, BDI-Präsident und L.G. Braun, DIHK-Präsident unterstützen die Forderung von Bundesfamilienministerin R. Schmidt an die Kommunen, die 2,5 Mrd. Euro, die angeblich ab 2005 bei der Betreuung von Sozialhilfeempfängern gespart würden, für den Aufbau von Krippenplätzen zu nutzen, um die Berufstätigkeit von Frauen zu fördern. Weiter halten die Wirtschaftsführer die Pläne von Wirtschaftsminister W. Clement für akzeptabel, für bis zu 600 000 Langzeitarbeitslose „öffentliche Arbeitsgelegenheiten“ etwa in der Kinderbetreuung oder im Gartenbau für einen Stundenzuschlag von zwei Euro auf das Arbeitslosengeld II zu schaffen.

**BDI kritisiert Stoibers Ideen zum Dosenpfand.** HB, Mo., 19.7.04. – Der Präsident des BDI, M. Rogowski, hat den bayerischen Ministerpräsidenten E. Stoiber dringend aufgefordert, seinen Vorstoß zum Dosenpfand zurückzuziehen. Andernfalls könnte der Eindruck entstehen, Bayern nehme „Marktverzerrungen bewusst in Kauf“, um „bestimmte Branchen zu schützen“. Bayern hatte im Bundesrat für die Novellierung der Verpackungsverordnung eingebracht. Danach soll es nur noch ein einheitliches Pfand von 25 Cent auf Bier, Mineralwasser und Limonade in Einwegbehältern geben. Behälter ab drei Liter wären pfandfrei – diese „lex Partyfass“ liegt bayerischen Bierbrauern besonders am Herzen.

**BDA will Gespräche mit DGB wieder aufnehmen.** –HB, Mi., 21.07.04. BDA-Präsident D. Hundt hatte den DGB-Vorsitzenden eingeladen, den Ende 2003 ohne Ergebnis beendeten Dialog über eine Modernisierung der Flächentarife wieder aufzunehmen. Der Arbeitgeber-Präsident gibt einer Flexibilisierung durch tarifvertragliche Korridor-Regelungen weiter Vorrang gegenüber der gesetzlichen Lösung. Der Metall-Tarifabschluss vom Februar habe nun auch im größten Wirtschaftszweig „zumindest die Tür ein Stück geöffnet“.

**Wirtschaftsverbände planen Steuerstrukturreform.** HB, Do., 22.07.04. „Aus der Sicht der Industrie würden wir es begrüßen, wenn die Politik es zunächst einem sachverständigen Gremium überlässt, Lösungsvorschläge zu erarbeiten“, so M. Rogowski, BDI-Präsident. Es sei zentral wichtig, dass sich das Gremium um Einkommenssteuer, Unternehmensbesteuerung und Gemeinde-Finanzreform Gedanken mache. Zehn parteiunabhängige Wissenschaftler sollen ein neues Steuergesetzbuch mit einfacheren Regeln konzipieren. Die Politik soll diese Kommission in Form eines Beirates begleiten. A. Kühn, Steuerexperte des DIHK: „Damit kommt mehr Objektivität in die Debatte.“ *Presseauswertung: rst*



Die Berliner Zeitungen befasst sich am 21. Juli mit der Perspektive der **Wahlalternative und ein Zusammenarbeit mit der PDS:**

Sind neue Links-Parteien für die PDS eher eine Gefahr oder eine Chance? In den letzten Monaten hat es kaum eine Sitzung des PDS-Vorstandes gegeben, bei der dies nicht diskutiert wurde. Für den Strategen und Wahlleiter der Partei, André Brie, ist diese Frage noch nicht entschieden: „Wenn sich die PDS abschottet und dabei im Osten verharret, dann ist es eine Gefahr“, sagte Brie der „Berliner Zeitung“. Gehe sie dagegen auf die ehemaligen SPD-Mitglieder zu, um mit ihnen gemeinsam Positionen zu erarbeiten, dann seien die neuen Gruppierungen „eine große Chance für die Linke in Deutschland“.

Die Befürworter einer weit gehenden Kooperation wie Brie oder Parteichef Lothar Bisky sehen vor allem die Chancen und warnen ihre Partei vor Überheblichkeit. „Die PDS sollte derartige Gruppen nicht instrumentalisieren, sondern als gleich berechtigte Partner sehen. Wir müssen aktiv auf sie zugehen und dürfen nicht abwarten“, mahnt Brie. Die SPD-Abweichler seien ein potenzieller Partner für die PDS, „um die gesellschaftliche Isolierung der Linken in Deutschland zu überwinden“. Auch Bisky betont, die Linksalternativen seien „eine Bereicherung, keine Bedrohung“.

Die PDS-Strategen verweisen auf Untersuchungen, in denen das Potenzial für die Linksalternativen auf zehn Prozent geschätzt werden. „Diese Entwicklung muss die PDS ernst nehmen“, so Brie. In einem ersten Schritt will mit den SPD-Abspaltern gemeinsame Positionen erarbeiten, etwa in der Steuer-, Gesundheits- oder Arbeitsmarktpolitik. „Die inhaltlichen Konzepte der Wahlalternativen weisen, soweit sie schon vorliegen, eine weit gehende Übereinstimmung mit PDS-Positionen auf“, sagte Brie.

Sollte dies gelingen, und sollten auch die alten Animositäten zwischen Ost- und West-Linken überwunden werden, dann will die PDS-Spitze auch eine Kooperation bei Wahlen nicht mehr ausschließen. Dieser Kurs ist in der PDS nicht unumstritten. Parteivize Katja Kipping etwa will die neuen Gruppen nicht überbewerten. „Ich bin da ohne Illusion“, sagte sie. Viele Vertreter kenne man schon aus diversen Gremien und man habe „nicht immer gute Erfahrungen mit ihnen gemacht“. Für eine Debatte über gemeinsame Listen sei es deswegen noch viel zu früh, so Kipping.

**Klaus Ernst, Vorsitzender der linken Wahlalternative,** erklärt am 22. Juli in einem Interview in der Berliner Zeitung den Aufbau einer neuen Partei: *Könnten Sie sich Listenverbindungen*

*mit der PDS vorstellen?*

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht. Wenn wir erst mal eine Partei sind, werden wir auch über solche Fragen nachdenken.

*Stimmt es, dass eine neue Linkspartei der SPD auch nützt, weil sie eine bürgerliche Mehrheit erschwert?*

Was sicher stimmt: Wenn wieder mehr Bürger zur Wahl gehen, wird das prozentuale Ergebnis für CDU/CSU und FDP abnehmen.

*Sie spalten also nicht das linke Lager, wie Kritiker Ihnen vorwerfen?*

Auf jeden Fall gibt es durch uns keine Schwächung links von Union und FDP, sondern eine Stärkung. Das ist unser Ziel. Wir wollen eine Mehrheit für die ja gerade verhindern.

*Wie ist Ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften?*

Gewerkschaften müssen von jeder Partei unabhängig sein. Also verhalten sich deren Vorstände uns gegenüber absolut korrekt und professionell. Sie dürfen überhaupt keiner Partei Ressourcen zur Verfügung stellen. Ich habe das Gefühl, dass mancher Sozialdemokrat, der Jahre lang sehr gut damit gelebt hat, dass es eine sehr enge Verbindung gab mit den Gewerkschaften, plötzlich jault und ruft: Haltet den Dieb.

*Wann wird die Partei gegründet?*

Ich denke, dass die Mitglieder des Vereins, der das vorbereitet, im November abstimmen werden.

*Wie viele Mitglieder haben Sie jetzt?*

2.000.

*Und wie viele wollen Sie?*

Viele tausend. Wir kriegen so viele Anmeldungen, dass wir sie gar nicht so schnell im Computer erfassen können, wie sie ankommen. Und der Eindruck wäre völlig falsch zu sagen: Das sind die Frustrierten. Nein, die Menschen sind zornig, dass sie bei zwei Wahlen 1998 und 2002 belogen worden sind. Das wollen sie korrigieren.

**Interview mit Stefan Liebig am 23. Juli in der Berliner Zeitung**

*Warum betreiben Sie nicht offensiv eine Gebietsaufteilung: die PDS im Osten, die Wahlalternative im Westen – um dann im Bundestag gemeinsam aufzutreten?*

Ich bin dagegen, die PDS-Politiker, die im Westen inzwischen Erfol-

ge haben, vor den Kopf zu stoßen.

*Welche Erfolge? Der Aufbau West der PDS ist doch gescheitert.*

Das sehe ich anders. Da, wo die PDS kommunalpolitisch verankert ist, gewinnt sie auch an Ansehen und Wählerstimmen. Also immer dort, wo es zum Beispiel um Kindertagesstätten geht – und nicht nur endlos über die Weltrevolution debattiert wird.

*In Berlin hat sich Ihre Partei nach einer schwachen Phase wieder stabilisiert. Warum eigentlich?*

Wir haben die Phase der Enttäuschung, nicht alles Wünschenswerte umsetzen zu können, hinter uns. Es wird offenbar anerkannt, dass wir im Rahmen dessen, was möglich ist, soziale Akzente setzen.

Ein bescheidener Anspruch – und nun müssen ausgerechnet die PDS-Senatoren den Sozialabbau der Hartz-IV-Gesetze organisieren.

Dass wir das Gesetz als Ganzes politisch ablehnen, weiß jeder. Trotzdem werden wir es nicht sabotieren, sondern umsetzen und dabei auf die Berliner Bedingungen achten. Wir brauchen zum Beispiel eine starke kommunale Beschäftigungspolitik, sonst funktioniert das Prinzip Fordern und Fördern nicht. Auch in diesem Punkt sind wir das soziale Gewissen der Koalition.

*Mit Hartz IV werden Sie kaum punkten können. Welche anderen Themen wollen Sie besetzen?*

Wir haben den Vorteil, dass unsere drei Senatoren mit den Ressorts Wissenschaft, Wirtschaft und Gesundheit wichtige Zukunftsthemen für die Stadt bearbeiten können. Darauf werden wir uns noch stärker konzentrieren. Wir haben aber jetzt schon die alte Festungsmentalität in den einst verfeindeten Verwaltungen aufgebrochen. Das sieht man an Erfolgen wie der Zentralen Anlaufstelle für Investoren, die erst unter Rot-Rot gelungen ist.

*Auf der Bundesebene gibt es eine neue Debatte um gekürzte Altersvorsorge für Politiker. Wäre das kein Thema für Berlin?*

Ich begrüße diese Debatte, aber in dieser Frage sind wir längst Vorreiter. Wir haben schon 1999 die Altersbezüge gekürzt. Und es wird in dieser Legislaturperiode auch keine Diätenerhöhung geben.

*Zusammenstellung: jöd*

*Bild links: Zur Hartz-Reform hat die PDS ein neues Flugblatt rausgegeben.*

**Hartz IV  
schafft Armut  
und Niedriglohn,  
aber keine neuen  
Arbeitsplätze!**



**Erst wenn die letzte Sozialleistung gestrichen, die letzte Rente abgeschafft und der letzte Arbeitnehmer gekündigt ist, werdet ihr merken, dass niemand eure Produkte kauft und ihr euer Geld nicht essen könnt!**

# Amerikanischer Architekt untersucht Münchens Umgang mit seiner NS-Geschichte

**Dienstag, 6. Juli 2004:**

Auf dem Münchner Marienplatz ist Feststimmung. Die Landeshauptstadt und der Fußballbund haben zum 50. Jahrestag des Empfangs der „Helden von Bern“ in München eingeladen. Zwei Tage nach dem Ende der Fußball-Europameisterschaft in Portugal, die die deutsche Elf bereits nach ihrer 1:2-Niederlage gegen Tschechien in der Vorrunde verlassen musste, wird der 3:2-Sieg gegen Ungarn bei der Weltmeisterschaft von 1954 gefeiert. Im Programm neben Live-Musik, Hüpfburg und SoccaFive-Wettkämpfen u.a. eine Siegerehrung des Schülerwettbewerbsum „Wunder von Bern“, zu dem die bayerische Kultusministerin Monika Hohlmeier alle Schülerinnen und Schüler ab der fünften Klasse an Haupt- und Realschulen, Gymnasien sowie der Schulen für Behinderte aufgerufen hatte; sie sollten sich „kreativ mit dem Sieg Deutschlands bei der Fußball-Weltmeisterschaft 1954 auseinandersetzen“. Hoch oben an den Häuserfassaden gegenüber dem Rathaus hängt ein 12 x 25 m messendes Mega-Poster (siehe Bild) mit einem Foto der unübersehbaren Menschenmenge, die sich am 6. Juli 1954 zum Empfang der „Helden“ auf dem Marienplatz versammelt hatte. 400.000 sollen es gewesen sein. Sie befinden sich in einer Trümmerlandschaft. Nur die unversehrt gebliebene Mariensäule lässt erkennen, wo sie sich befinden.

Der Kontrast könnte nicht krasser sein zwischen dem Anblick der Ruinen, in die Faschismus und Krieg das Stadtzentrum von München verwandelt hatten, und der unbeschweren Stimmung auf dem Platz, den glatten Fassaden und lockenden Schaufenstern der heutigen „guten Stube“ Münchens. Das Poster provoziert Fragen: Wie konnte es zu einer solchen Verwüstung kommen? Hat denn niemand ahnen können, dass der Krieg so ausgehen wird? Konnte man nichts tun, um das zu verhindern? Was können wir heute tun, damit so etwas nie wieder geschieht?

**Dienstag, 13. Juli 2004:**

Das große Foto-Poster am Marienplatz, das beunruhigende Fragen aufwirft, ist verschwunden. Im Stadtmuseum wird ein Buch vorgestellt. Es heißt „Architektur und Gedächtnis. München und der Nationalsozialismus – Strategien des Vergessens“ und ist mit finanzieller Unterstützung des Kulturreferats der Stadt im Dölling und Galitz Verlag erschienen. Geschrieben hat es der amerikanische Architekt Gavriel D. Rosenfeld, Professor für Deutsche und Europäische Geschichte an der Fairfield University

Connecticut. Das Buch befasst sich damit, inwieweit die Zeit des Faschismus und dessen Folgen sichtbare Narben im Münchner Stadtbild hinterlassen haben, die zu Fragen und zum Nachdenken anregen. Der Titel macht deutlich, dass der Autor kaum Anhaltspunkte dafür gefunden hat, dass beim Wiederaufbau und der weiteren Gestaltung der Stadt der Wille, zur Auseinandersetzung mit diesem Teil der Geschichte und der Rolle Münchens darin beizutragen, eine große Rolle gespielt hätte.

## Eine neue Sicht auf München

Rosenfeld, der nach einer Einführung des Verlagsleiters und einer Würdigung des Buches durch seinen Doktorvater, den Professor für Geschichte der Architektur an der Münchner Universität, Winfried Nerdinger, die Thesen seines Buches selbst vorstellt, kam im Frühherbst 1989 als Fulbright-Stipendiat nach München. „Während meines einjährigen Aufenthalts“, berichtet er im Vorwort seines Buches, „lernte ich die Stadt im Zuge langer Wochenend-Spaziergänge durch die Straßen und Viertel kennen. Aber mein Wissen über die Stadt war, wie ich langsam feststellte, oberflächlich und lückenhaft. Während meiner Zeit in Deutschland besuchte ich andere Städte, z.B. Berlin und Dresden, und sah die vielen Ruinen, die der Zweite Weltkrieg hinterlassen hatte, mit eigenen Augen. Zerstörte Gebäude wie die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, die Synagoge in der Oranienburgerstraße und den Anhalter-Bahnhof in Berlin zu sehen, beziehungsweise die in sich zusammengefallenen Überreste der Frauenkirche und die ausgebrannte Hülle des Residenzschlosses der Wettiner Fürsten in Dresden an einem eiskalten, verhangenen Wintertag zu erblicken, hatte einen starken Eindruck bei mir hinterlassen und mir das Gefühl gegeben, in die Vergangenheit zurückversetzt worden zu sein – fast bis zu dem Tag, an dem diese Gebäude zerstört worden waren. Andererseits begriff ich, dass die Stadt München ihre Vergangenheit auf eine gänzlich andere Art und Weise architektonisch präsentierte.“ Auf Fotos, die München vor und nach dem Krieg zeigten, stellte Rosenfeld überrascht fest, „dass einige der historischen Bauwerke, die ich bewundert hatte, keineswegs historisch waren. Zum Beispiel war der Turm des aus der Gotik stammenden Alten Rathauses gegenüber dem Marienplatz gar nicht ‚alt‘ (wie mir die Inschrift auf dem Rathaus, die ‚Erbaut 1740 von Jörg Ganghofer‘ lautete, weismachen wollte), sondern war von Bomben zerstört und 1975

wieder aufgebaut worden. Viele der Gebäude, von denen ich angenommen hatte, sie hätten den zerstörerischen Kräften des Krieges widerstehen können, waren genauso behutsam rekonstruiert worden.“ Danach begann Rosenfeld, die Stadt nicht mehr „nur aus rein ästhetischer, grundsätzlich ahistorischer Perspektive“ zu betrachten, sondern sie aus einem kritischeren Blickwinkel zu sehen. Der junge Wissenschaftler macht die Frage, wie sich der Wiederaufbau Münchens nach 1945 vollzog und wie sich die Auseinandersetzung der Stadt mit ihrer NS-Vergangenheit darin widerspiegelt, zum Thema seiner Dissertation. Dabei interessierte ihn nicht nur, welche Entscheidungen über die Zukunft der einzelnen Gebäude gefällt worden waren, sondern auch, wie diese Entscheidungen zustande gekommen waren, welche Argumente in den Debatten darüber eine Rolle gespielt hatten etc.

Die 225 Objekte, über die er in seinem Buch berichtet, kann er natürlich an diesem Abend nicht alle vorstellen. Er muss sich in seinem Dia-Vortrag auf einige wenige Beispiele beschränken. Das heutige Stadtbild Münchens, so Rosenfelds zentrale These, sei das Resultat der – unterschiedlich starken – Einflussnahme durch die Vertreter von drei verschiedenen Bewältigungsstrategien: der „Modernisten“, der „Traditionalisten“ und der „kritischen Denkmalpfleger“.

## Modernisten, Traditionalisten, kritische Denkmalspfleger

Die „Modernisten“, führt Rosenfeld aus, hätten die Wurzeln des Nationalsozialismus im bürgerlichen Konservatismus gesehen, der in München sehr stark war und daher einen guten Nährboden für die NS-Bewegung dargestellt habe. Daraus habe sich ihre Haltung zum Wiederaufbau abgeleitet, wonach man die Gelegenheit nutzen müsse, um die Manifestationen des Konservatismus in der Architektur beiseite zu räumen und die Gebäude, die dessen Geist atmen, abzureißen. München müsse zu einer Stadt gemacht werden, deren Modernität auch in der Architektur zum Ausdruck komme. Die Strömung der „Modernisten“, so Rosenfeld, habe in den Jahren von 1958 bis 1975 die Oberhand gehabt. In dieser Zeit sei zum Beispiel das Wittelsbacher Palais als ehemaliger Sitz der Münchner Gestapo abgerissen worden und der Komplex der Olympia-Bauten entstanden.

In den ersten Jahren nach dem Krieg hätten dagegen die „Traditionalisten“ den Ton angegeben. In ihren Augen sei der





**Der Marienplatz  
1954 von Rathaus  
aus gesehen.**

Nationalsozialismus ein Produkt der Moderne, der Industrialisierung, der Verstädterung, des Materialismus gewesen. Sie hätten daher für eine Rückkehr zu einer konservativen Architektur und für einen Wiederaufbau plädiert, der das alte Stadtbild von vor 1933 möglichst wiederherstellen sollte. Die Modernisten hätten sie einer „faschistischen Kahlschlagmentalität“ bezichtigt, die „schlimmer (sei) als die Zerstörungen durch die alliierten Angriffe“. Der Strategie der Traditionalisten beim Wiederaufbau lag nach Rosenfelds These „der Wunsch zugrunde, den Zweiten Weltkrieg im Stadtbild ungeschehen zu machen“. Dies sei ihnen auch weitgehend gelungen. „Heutzutage bietet München das Bild einer historisch gewachsenen architektonischen Harmonie – einer Stadt, in der nur wenige außergewöhnliche Beispiele moderner Architektur zu finden sind, in der keine unansehnlichen Kriegsrui­nen mehr stehen, in der es kaum noch auffallende Nazi-Bauwerke und nur wenige exponierte Denkmäler gibt, die an das ‚Dritte Reich‘ erinnern. Die Stadt präsentiert ihre Vergangenheit nur in äußerst selektiver Form. Ihre visuelle Darstellung ihrer Rolle als ‚Hauptstadt der Bewegung‘ steht in umgekehrter Relation zu den tatsächlichen Auswirkungen, die diese schrecklichen zwölf Jahre auf das Aussehen der Stadt hatten.“ Nachdem die Traditionalisten während der 60er und Anfang der 70er Jahre von den „Modernisten“ etwas in den Hintergrund gedrängt worden seien, seien heute unter dem Stichwort „Post-moderne“ wieder traditionalistische Konzepte beherrschend.

Rosenfelds Sympathie gehört eindeutig der dritten Gruppe, den „kritischen Denkmalspflegern“. Sie hätten das Konzept verfolgt, die historische Bausubstanz so weit wie möglich zu wahren, aber die Spuren der Vergangenheit daran

sichtbar zu lassen. Als eins der wenigen Beispiele, wo sie sich durchgesetzt haben, nennt Rosenfeld das Siegestor. Eine lange öffentliche Debatte über die Wiederherstellung des stark beschädigten Bauwerks habe zu der Entscheidung geführt, es nicht so zu restaurieren, wie es einmal war, sondern so, dass „die Narben des Krieges sichtbar blieben“. Die frühere, reich verzierte klassizistische Fassade an der Südseite wurde durch eine Betonwand mit einer mahnenden Inschrift ersetzt. Ähnlich sei ursprünglich bei der Alten Pinakothek und beim Armeemuseum vorgegangen worden, in beiden Fällen hätten sich allerdings mittlerweile andere Konzepte durchgesetzt.

#### **Hoffnung auf NS-Dokumentationszentrum und Stolpersteine**

Mit einer Bestandsaufnahme der Denkmäler und Gedenkstätten in München beendet Rosenfeld seine Ausführungen. Die große Mehrheit der Denkmäler in München sei den Opfern gewidmet, nur sehr wenige erinnerten daran, dass es hier Täter gegeben habe. Von den Opfer-Denkmalen seien ca. 90% den Opfern unter der nichtjüdischen, 10% den Opfern unter der jüdischen Bevölkerung Münchens gewidmet. Ein Denkmal erinnere an die Ermordung der Sinti und Roma. Denkmäler für NS-Opfer aus anderen Nationen sind Rosenfeld mit Ausnahme eines Denkmals für polnische Zwangsarbeiter auf dem Friedhof am Perlacher Forst nicht bekannt. Alles in allem seien die Denkmäler meist unscheinbar, in der Regel reine Schriftdenkmäler, die Texte darauf meist vage, die Standorte oft versteckt und schwer zugänglich. Auch in dieser Hinsicht sei in München eine „eher zurückhaltende Strategie des Erinnerns“ bzw. eine „Strategie des Vergessens“ zu beobachten. Die besten Gedenkstätten seien diejenigen, die auf die

Initiative von einzelnen Bürgern oder von Bürgerinitiativen zurückgehen.

Hoffnungen verbindet Rosenfeld mit der Debatte über das geplante NS-Dokumentationszentrum, das er sich als bedeutende Einrichtung auf dem Gelände des ehemaligen Braunen Hauses am Königsplatz wünscht, und über das Projekt „Stolpersteine“. Beide spielen natürlich auch in der anschließenden Diskussion die Hauptrolle, zumal es durch den Vortrag von Prof. Rosenfeld möglich geworden ist, die Widerstände gegen diese beiden Projekte als Bausteine einer langen Entwicklung einzuordnen. Ausdrücklich bejaht Rosenfeld die Frage, ob er einen Zusammenhang zwischen der Rolle des konservativen Bürgertums in München bzw. Bayern für den Aufstieg der Nazis vor 1933 und dem Widerstand konservativer Kreise gegen die Errichtung des NS-Dokumentationszentrums sehe, in dem auch diese Rolle beleuchtet wird. Die Gefahr einer „Inflationierung von Gedenkstätten“ kann der Autor des 600 Seiten starken Buches zum Thema nicht erkennen: „bestimmt nicht in München“.

Den etwa 120 Zuhörern, die ins Stadtmuseum gekommen sind, hat dieser Abend sicher neue Perspektiven eröffnet. Aus der künftigen Debatte um die richtige Form des Umgangs mit der Nazi-Vergangenheit Münchens werden die Forschungsergebnisse von Gavriel D. Rosenfeld zweifellos bald nicht mehr wegzudenken sein.

*Renate Hennecke, aus mlb 15/04*

**Gavriel D. Rosenfeld**  
Architektur und Gedächtnis  
München und Nationalsozialismus –  
Strategien des Vergessens  
Dölling und Galitz Verlag,  
Ebenhausen/Hamburg  
612 Seiten, 90 Abbildungen, Hardcover,  
Euro 29,80, ISBN 3-935549-81-4



## „Mutti war Jüdin“:

Eine Tochter erinnert sich

Immer weniger Zeitzeugen des Nationalsozialismus sind noch am Leben, und es wird immer schwieriger, der nachwachsenden Generation einen Zugang zu ermöglichen, der das tägliche Leben zwischen Unterdrückung, Verfolgung und Überlebensstrategien verständlich und nachvollziehbar macht. Da wächst die Bedeutung von Literatur und von schriftlichen Erinnerungen. Sie richten sich aber meist an Erwachsene, und insofern kommt dem neuen Buch von Ingeborg Oppel Urcia besondere Bedeutung zu, das jetzt im Wißner-Verlag erschienen ist: „Mutti war Jüdin – Eine Kindheit im Dritten Reich“.

Ingeborg Oppel erinnert sich sehr gut nicht nur an Ereignisse, sondern auch an die Art, wie sie sie als Kind erlebte, und schafft es in ihrer Erzählung, diese kindliche Perspektive zu erhalten und behutsam durch erforderliche Kenntnisse aus dem Nachhinein zu ergänzen. Die Kombination von trivialem Alltag und Gefährdung durch staatliche Verfolgung wird so sehr anschaulich.

Ingeborgs Mutter war getaufte Jüdin. Ingeborgs Vater war protestantischer Staatsanwalt in Nürnberg, und als er sich auf den Posten eines Oberstaatsanwalts in Augsburg bewarb, fiel den Behörden auf, dass er eine „nichtarische“ Frau hatte, von der zu trennen er sich weigerte. Er wurde 1937 aus dem Staatsdienst geworfen und kam in Augsburg bei der MAN unter. Die Eltern versuchten insbesondere, ihre Tochter zu schützen. Sie verzögerten die Einschulung um ein Jahr, dann schickten sie sie nach Maria Ward zu den Englischen Fräulein, in der Hoffnung, dass eine Privatschule weniger staatskonform sein würde. Als der Krieg begonnen wurde und der Verfolgungsdruck weiterstieg, schickten sie die Tochter aufs Land, zu einer Bauersfamilie bei Mindelheim, damit zumindest die Tochter eine Aussicht haben sollte, den Krieg zu überleben. Die Schwierigkeiten des Stadtkinds Ingeborg, auf dem Land zurecht zu kommen, zählen zu den anschaulichsten und amüsantesten Passagen des Buches. Insgesamt gelingt dem Buch eine bemerkenswerte Balance zwischen Heiterkeit der Rückbesinnung und unbeschönigter Darstellung des NS-Grauens. Gerade auch diese Balance erleichtert die Lektüre und damit die Beschäftigung mit dem Thema NS-Zeit. – Im Anhang des



Buches sind zahlreiche Dokumente abgedruckt, die die Verfolgungsschikanen gegen die Familie Oppel auf furchterregende Weise belegen: von der „Spinnstoffabgabe“ bis zur Vorschrift, sich bei Krankheit nur noch von „jüdischen Krankenbehandlern“ in München oder Berlin behandeln zu lassen. Sie zeigen auch die Einbindung der „Reichsvereinigung der Juden“ in den Unterdrückungsapparat. Und sie geben Anhaltspunkte, wie Werner Oppel versuchte, einen taktischen Spielraum gegenüber den Behörden auszuloten. Er scheiterte dabei – er wurde zur Zwangsarbeit eingezogen, seine Frau musste nach Theresienstadt. Beide überlebten mit viel Umsicht und Glück den Krieg, und noch 1945 kam die Familie wieder zusammen. Sie wanderten später nach Nordamerika aus. Bis zu ihrem überraschenden Tod im letzten Jahr war Ingeborg Oppel Urcia als Professorin für Englisch tätig.

*mif, aus: bas 14*

Ingeborg Oppel Urcia,  
Mutti war Jüdin: Eine Kindheit im  
Dritten Reich. Lebenserinnerungen  
von Juden aus Schwaben, herausgegeben  
von Gernot Römer, Band 6.  
Wißner-Verlag Augsburg,  
ISBN 3-89639-433-9, Euro 9,80.

## 100. Geburtstag von Isaac Bashevis Singer

Der jüdische Schriftsteller Isaac Bashevis Singer wurde am 14. Juli 1904 in Radzymin (Polen) als Sohn eines Rabbiners geboren. Er erhielt eine traditionelle jüdische Erziehung und studierte die Thora. Mit 22 begann er, für eine jiddische Zei-

tung in Warschau Geschichten zu schreiben, zuerst auf hebräisch, dann auf jiddisch. 1935 emigrierte er in die USA, wo bereits sein Bruder, Israel Singer, ebenfalls Schriftsteller, lebte. Er verließ Polen angesichts der heraufziehenden Katastrophe, die er in den Kriegsplänen des faschistischen Deutschland, aber auch im damals in Polen weit verbreiteten Antisemitismus sah, für immer.

In den USA trat er 1940 in die Redaktion des jüdischen „Forverts“ in New York ein, wo er ein halbes Jahrhundert lang Romane und Erzählungen auf jiddisch schrieb. „Man fregt mich oft, für was schreibste jiddisch? A für was soll ich nicht schreiben jiddisch? Soll ich besser schreiben türkisch oder chinesisch? Meine Eltern, meine Tante und Mame, haben beide geredt jiddisch. Dos is mei Sprach. In dosike Sprach will ich gewinnen oder verlieren,“ sagte er einmal. Als er 1978 den Nobelpreis für Literatur erhielt, galt dieser Preis einem Werk, in dem die durch den deutschen Faschismus vernichtete Welt des polnischen Judentums wieder auflebte, so die Laudatio.

Isaac B. Singer schrieb auch über das Leben der jüdischen Emigranten in der amerikanischen Großstadt. Er war ein Pionier in der literarischen Trauerarbeit der jüdischen Emigration, heißt es in einer der zahlreichen Würdigungen, die in diesen Tagen veröffentlicht wurden. Im Rückblick schrieb er einmal über seine Schicksalsgefährten: „Einige dieser Menschen haben dazu beigetragen, Warschau und New York zu erbauen, und andere helfen jetzt noch beim Aufbau Tel Avivs mit. Sie haben inmitten fast aller sozialen Bewegungen unserer Zeit gelebt. Ihre Illusion war die Illusion der Menschheit. Die Vandalen, die Millionen dieser Menschen ermordeten, haben einen Schatz von Individualitäten zerstört, den zurückzubringen keine Literatur auch nur wagen kann.“

Singer starb 1991 im Alter von 87 Jahren. Den Leserinnen und Lesern der *Politischen Berichte* sind die Erzählungen und Romane des jüdischen Schriftstellers zur Lektüre zu empfehlen. Die Liste ist nicht vollständig, und einige Bücher sind zurzeit wahrscheinlich nur antiquarisch oder gebraucht per Internet zu erhalten. scc



Ein Bräutigam und zwei Bräute.  
Hanser  
Massel und Schlamassel. Hanser  
Eine Kindheit in Warschau. Dtv  
Der Zauberer von Lublin. Rowohlt  
Tb.  
Der Golem. Patmos  
Die Familie Moschkat. Dtv  
Leidenschaften. Dtv  
Das Landgut. Dtv  
Mein Vater der Rabbi. Rowohlt Tb.  
Meschugge. Dtv  
Verloren in Amerika. Dtv  
Das Visum. Dtv

Max, der Schlawiner. Dtv  
 Gimpel der Narr. Rowohlt Tb.  
 Ein Tag des Glücks. Dtv  
 Feinde, die Geschichte einer Liebe. Carl  
 Hanser  
 Als Schlemihl nach Warschau ging und  
 andere Geschichten. Dtv  
 Der Kabbalist vom East Broadway. Dtv  
 Schoscha. Dtv  
 Zlateh die Geiß und andere Geschichten.  
 Dtv  
 Satan in Goraj. Rororo  
 Jakob der Knecht. rororo  
 Der Büßer. dtv  
 Der König der Felder. dtv  
 Das Erbe. dtv  
 Die Gefilde des Himmels. dtv  
 Jentl. dtv  
 Old Love. dtv

## Rezension

# Verschworene Gesellschaft

Als 1999 nach einer Begründung für den Überfall auf die Bundesrepublik Jugoslawien gesucht wurde, fiel der Entourage des deutschen Außenministers ein, die Bombardierung Belgrads könne ein zweites „Auschwitz“ verhindern. Diese unvergessene Parallelisierung des deutschen Massenmordes war in mehrfacher Weise zweckdienlich: im Inland, weil damit die Opposition gegen den Kosovo-Krieg gedämpft werden konnte; im Ausland, weil der Minister und sein deutsches Amt wie Alliierte in einem (freilich recht verspäteten) Kampf gegen Adolf Hitler erschienen.

Die Erfindung einer nachholenden Widerstandsbewegung, deren Partisanen im Auswärtigen Amt sitzen, ist seither mehrmals neu aufgelegt worden und steht auch für weitere deutsche Kriege bereit. Nicht ohne Respekt wiederholen Kritiker, es handle sich um einen demagogischen Trick, zu dem allein ein deutscher Außenminister mit grünem Anstrich fähig wäre.

Aber diese Kritiker irren.

Das Ministerium ist nicht erst seit Fischer der Auffassung, es stehe im Kampf gegen Adolf Hitler und seine Wiedergänger an einer Friedensfront, die leider auch kriegsrischer Mittel bedürfe. Bereits 1979 und damit lange vor der Verhinderung eines zweiten „Auschwitz“ meinte die deutsche Außenpolitik feststellen zu können, ihre Organisationszentrale sei schon zu Zeiten des wirklichen Hitler „eine Stätte der Opposition“<sup>1</sup> gewesen. „Das AA leistete den Plänen der NS-Machthaber zähen, inhaltenden Widerstand, ohne das Schlimm-

ste verhüten zu können.“ Und nur selten habe ein Berliner Diplomat alter Schule im NS-Regime „aus menschlicher Schwäche oder um seine Stellung zu halten, persönliche Schuld auf sich geladen“<sup>2</sup>. An der Deportation Hunderttausender Menschen aus den okkupierten Ländern in die Vernichtungslager sei man nicht beteiligt und für das Auschwitz, auf das sich Fischer beruft (und zu dem die Toten schweigen müssen), nicht verantwortlich gewesen.

Hans-Jürgen Döscher hat in den 1990er Jahren zwei umfassende Untersuchungen vorgelegt, die solchen Behauptungen mit der gebotenen Akribie nachgehen und deren Aktualität zunimmt, je bodenloser der Berliner Rücksturz in die deutsche Aggressionsgeschichte wird. Beide Arbeiten schließen aneinander an, indem sie Personen und Politik des Auswärtigen Amtes über eine Periode von vier Jahrzehnten (1930–1970) zurückverfolgen. Dabei konnte sich der Autor auf den Aktenbestand des früheren Berlin Document Center stützen und die amtlichen Lebensläufe einer Sozialgruppe aufblättern, die etwa 500 Personen umfasst. Dass Döscher dabei in die Strukturen einer national-konservativen Elite vordringen musste, um die diplomatischen Taten zu erklären, die Auschwitz ermöglichten, kann nicht erstaunen: Vom „Stahlhelm“ der Weimarer Zeit führt ein direkter Weg in die Vorzimmer des Todes, in den Berliner Amtssitz des AA, wo die Vernichtung der französischen Deportierten abgenickt wurde, in die Büros der Weizsäcker und Gefährten. Erstaunlicher ist zu lesen, wie es den überlebenden Repräsentanten der NS-Außenpoli-

tik gelang, das Amt nach 1945 neu zu besetzen – besser gesagt: es fortzuführen. Hatten sie eben noch die Freistellung unterschrieben, die die SS benötigte, um Europa „judenfrei“ zu machen, so unterschrieben sie nun Persilscheine, mit denen man sich wechselseitig beurkunden ließ, „das Schlimmste“ (noch mehr „Auschwitz“) verhindert haben zu wollen.

Döschers Analyse des Amtes in der Nachkriegszeit enthält ein erschreckendes Dokument, das von einem Insider der deutschen Außenpolitik stammt – von dem ehemaligen Botschafter Kurt Oppler, der die Bundesrepublik u.a. in Oslo und Ottawa vertrat. Oppler wandte sich im März 1967 an seinen Parteifreund Willy Brandt, der gerade Außenminister geworden war, und bat ihn um einen Neubeginn des Auswärtigen Dienstes angesichts unhaltbarer Zustände. Selbst über antisemitische Zwischenfälle wusste Oppler zu berichten. Aber um „das Vertrauen besonders der höheren Beamenschaft zu gewinnen, sah Brandt davon ab, „zu viele Außenseiter mit ins Amt zu bringen“<sup>3</sup>. Damit blieben die Weichen in jene Richtung gestellt, die der Zug der deutschen Außenpolitik seit über 100 Jahren eingeschlagen hat.

Zu den festen Bestandteilen dieser Politik gehört es, als verfolgte Unschuld aufzutreten, der die vergangenen Verbrechen deutscher Größe zugleich Anlass und Vorwand sind, neue zu begründen. So handelten die NS-Diplomaten im Bonn der Nachkriegszeit, nachdem sie „das Schlimmste“ (noch mehr „Auschwitz“) verhindert hatten. Und so tat es der derzeitige Amtsinhaber, als er den Tod nach Jugoslawien auf die Reise schickte. Döschers Untersuchungen und das profunde Vorwort des ehemaligen Generalkonsuls der Bundesrepublik Deutschland in Milano<sup>4</sup> können beitragen, diese Parallelen zu erkennen.

**Hans-Jürgen Döscher**  
**SS und Auswärtiges Amt im Dritten Reich.**  
**Diplomatie im Schatten der „Endlösung“**  
 Berlin 1991  
 333 Seiten  
 ISBN 3-548-331491

**Verschworene Gesellschaft. Das Auswärtige Amt unter Adenauer zwischen Neubeginn und Kontinuität**  
 Berlin 1995  
 405 Seiten  
 ISBN 3-05-002655-3



**1947 in Nürnberg verhaftet, wird der frühere Staatssekretär im Auswärtigen Amt von Weizsäcker im April 1949 zu 7 Jahren Haft verurteilt und im Oktober 1950 im Rahmen einer Amnestie entlassen (Bild)**

- 1 Auswärtige Politik heute, zitiert nach: Hans-Jürgen Döscher: SS und Auswärtiges Amt im Dritten Reich
- 2 Auswärtiges Amt der Bundesrepublik Deutschland: 100 Jahre Auswärtiges Amt. Bonn 1970
- 3 Willy Brandt, zitiert nach: Hans-Jürgen Döscher: Verschworene Gesellschaft
- 4 Manfred Steinkühler, in: Hans-Jürgen Döscher: Verschworene Gesellschaft

(16.7.2004, entnommen aus:  
[www.german-foreign-policy.com](http://www.german-foreign-policy.com))



## Ein Michael Moore auf ökonomisch

Der US-Präsidentenwahlkampf strahlt auf Europa aus. Im Campus-Verlag ist jetzt eine Streitschrift gegen die Bush-Regierung erschienen, die es an Schärfe der Vorwürfe mit Filmen von Michael Moore wie „Fahrenheit 9/11“ aufnehmen kann. Verfasser ist Paul Krugman, liberaler Professor der Wirtschaftswissenschaften an der Princeton University, laut Klappentext ein Anwärter auf den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften und entschiedener Anhänger der Demokratischen Partei. Unter dem Titel „Der große Ausverkauf. Wie die Bush-Regierung Amerika ruiniert“ hat der Professor darin viele seiner Kolumnen, die in den letzten Jahren in der *New York Times* erschienen, zusammengestellt und um aktuelle Kommentare ergänzt.

„Wir haben es im ach so demokratischen und aufgeklärten Amerika mit einer der übelsten ‚Schurkenregierungen‘ dieser Erde zu tun“, so Krugman, mit einer Bewegung, „die inzwischen fast alles in ihren Fängen hat: das Weiße Haus, den Kongress, einen Großteil der Justiz und einen Großteil der Medien“. Diese Bewegung „bestreitet die Legitimität des bestehenden politischen Systems und will es rundweg abschaffen“.

Die „radikale Rechte“ um Bush, Cheney, Perle, Wolfowitz, Ashcroft usw. wolle aus den USA ein Land machen, „in dem es praktisch kein soziales Sicherungssystem gibt, das der Welt mit militärischer Gewalt seinen Willen aufzwingt, in dem an den Schulen Religion statt Evolution gelehrt wird und in dem demokratische Wahlen allenfalls noch ein Deckmäntchen sind“. Der Rechtsruck der Republikaner hänge zusammen mit der extremen sozialen Polarisierung in den USA. Auch zwischen Mittelklasse und Oberklasse bestehe inzwischen eine schier unüberwindbare Kluft. In der Steuerpolitik verfolge die Regierung „ein altes Ziel der radikalen Rechten, Ende aller Steuern auf Kapitaleinkünfte, Besteuerung nur mehr der Löhne“. Journalisten sollten begreifen, „dass hohe staatliche Würdenträger bewusst lügen“, fordert der Professor und hofft auf eine „große Gegenbewegung“, damit „diese fürchterliche Periode in der amerikanischen Geschichte endlich vorbei ist“.

Nach diesem rabiaten Auftakt – alle Zitate finden sich auf den ersten 35 Seiten – geht es weiter mit Einzelkritiken, insbesondere der Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik von Bush & Co. Leider lässt die Detailgenauigkeit dabei zu wünschen übrig – vielleicht, weil Krugman bei Lesern der *New York Times* diese Kenntnis voraussetzen konnte. Für Leser der deutschen Ausgabe gilt das nicht, und so hätte man sich vom Verlag ein paar Erläuterungen zu den behandelten Fra-



gen gewünscht. Trotzdem: unbekannt sind die Ideen der „radikalen politischen Rechten“ in den USA nicht. Vieles kommt vertraut vor.

So hat die Bush-Regierung die in den nächsten Jahren erwarteten Defizite in der US-Rentenversicherung zum Anlass nicht zur Anlage von Reserven für kommende „starke Rentenjahrgänge“ genommen, sondern zum Umsteuern auf Privatversicherungen. „Voodoo-Ökonomie“ nennt Krugman das, die Behauptungen der Regierung über die Zinsen privater Lebensversicherungen seien „reines Wunschdenken“ und „durch keine ökonomische Theorie gedeckt“. „Man stellt sich den amerikanischen Staat am besten als ein großes Versicherungsunternehmen mit angegliederter Armee vor“, so Krugman.

Auch hierzulande waren Legenden von einer angeblich jahrelang hohen Verzinsung privater Lebensversicherungen noch vor kurzem verbreitet. Inzwischen, nach dem Absturz der Aktienkurse auf Normalniveau, ist der Katzenjammer groß und abzusehen, dass es nicht lange dauern wird, bis private Lebensversicherungen sich wieder als das herausstellen, was sie schon vor Jahrzehnten waren – eine riskante Form der Altersvorsorge, riskanter als jede gesetzliche Rente.

Auch die Steuerpolitik – enorme Steuerersenkungen für Reiche, so dass der Haushaltsüberschuss der letzten Jahre Clintons um 570 Milliarden Dollar pro Jahr sank und ein enormes Defizit entstand – bekommt ihr Fett weg. Inzwischen sei der „Karren im Dreck“, eine Rückkehr zum Abbau der Staatsschulden nur in mehreren Jahren zu schaffen.

„Unerfreulich, diese Aktienmarktlage – welche militärischen Optionen haben wir?“ zitiert Krugman einen Cartoon der Zeitung *New Yorker* als Beispiel, wie die US-Administration ihre Steuer- und Wirtschaftspolitik mit angeblichen Notwendigkeiten des „Kampfes gegen den Terror“ zu rechtfertigen sucht. Krugmans Alternative – „ein vernünftiges staatliches Investitionsprogramm“, „Erhöhung der Arbeitslosenhilfe“ und „Finanzspritzen für die Bundesstaaten, denen es derzeit extrem schlecht geht“ – er-

innert an hiesige gewerkschaftliche Forderungen. Nur die Summen sind amerikanisch – „100 Milliarden Dollar dürften es schon sein“.

Viel erfahren die Leser über die Vetterwirtschaft des Bush-Clans und seiner Sponsoren aus der Großindustrie, speziell der Energiebranche, über die „Gier der Geckos“, der Börsenhaie, über Enron und andere Skandale. Krugman vermutete schon früh, dass die Energiekrise in Kalifornien vor ein paar Jahren auf gezielte Manipulationen von Energiekonzernen zurückging. Leute wie US-Vizepräsident Cheney versuchten damals, Umweltschützer und deren Auflagen als Ursache der Krise hinzustellen. Inzwischen liegen die Dokumente – Telefonate, Mails von Konzernen wie Enron & Co. an Kraftwerksleitungen in Kalifornien, in denen diese zur Abschaltung ihrer Kraftwerke aufgefordert wurden, um eine künstliche Energieknappheit herbeizuführen – bei den US-Staatsanwaltschaften. „Noch nie in der Geschichte der Vereinigten Staaten war eine Regierung so unverkennbar eine Marionette der Wirtschaft“, kritisiert der Professor.

Interessant auch die Hinweise des Professors aus Princeton auf Tricks bei Privatisierungen. Es scheint in den USA weit verbreitet gewesen zu sein, dass private Interessenten weltfremde Kostensenkungs- und Preisprognosen machten, um billig an öffentliche Betriebe zu kommen. War die Übernahme erfolgt, verschwanden die falschen Versprechungen in der Schublade – während die neuen Besitzer mit dem neuen Reichtum sofort auf weitere Privatisierungen drängten. Inzwischen sei die Regierung Bush von einem ganzen Netz solcher Besitzer früherer öffentlicher Betriebe umgeben, die Bush und andere Privatisierer publizistisch und finanziell fördern, so Krugman. Irgendwie kommt einem die Masche bekannt vor.

Leider nur skizzenhaft und auf mehrere Aufsätze verteilt ist die Polemik Krugmans gegen die Kontrolle der Medien durch die organisierte politische Rechte. „Im Grunde informiert uns AOLTimeWarnerGeneralElectricDisneyWestinghouseNewsCorp.“, wettet er. Auch da kratzt man sich instinktiv am Kopf, denkt an Berlusconi in Italien, Bertelsmann, Burda, Springer & Co. hierzulande. Welche Linken befassen sich noch mit Medienmonopolen?

Alles in allem ein polemisches, streitlustiges Buch, das sich lohnt – auch wenn sein Verfasser ein braver Liberaler ist. *rii*



Paul Krugmann,  
Der große Ausverkauf. Wie die Bush-Regierung Amerika ruiniert. Campus Verlag, 2004, 272 Seiten, 21,90 Euro, ISBN 3-593-37437-4

**29. Juli bis 1. August:** Linke Sommerschule der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung in Sondershausen, Thüringen (siehe Kasten)

**28./29. August, New York:** Nationalversammlung der Republikaner in New York. Die Friedensbewegung mobilisiert für den Abzug aus dem Irak und will über 1 Million Menschen auf die Straße bringen.

**1. September, Aachen:** Verleihung des „Aachener Friedenspreises“ 2004 an Eren Keskin (Istanbul/Türkei, Menschenrechtsanwältin) und Petersburger Soldatenmütter (Russland), 19 Uhr, Aula Carolina, Pontstraße, Details: <http://www.aachener-friedenspreis.de/preistraeger/2004/2004.html>, VA: Aachener Friedenspreis <http://www.aachener-friedenspreis.de>

**2.-3. September, Hamburg:** Stiftungs-Kongress 2004: Leben in der Stadt. Neue Orte, neue Wege, neue Perspektiven. Stiftung Lebendige Stadt, [www.lebendige-stadt.de](http://www.lebendige-stadt.de)

**5. September:** Landtagswahl im Saarland

**19. September:** Landtagswahl in Brandenburg und Sachsen

**26. September:** Kommunalwahl in NRW

**27. September bis 1. Oktober, Hamburg:** Menschen in der Illegalität: Lebensbedingungen von Papierlosen als Herausforderung für die Kommunen. Kriminologische Studienwoche. Veranstaltungsort: Universität Hamburg, Flügel Ost, Raum 222. Edmund-Siemers-Allee 1, 20146 Hamburg. Anmeldeschluss: 24.06.2004. Leider kostet das Ganze 248 Euro. Veranstalter: Institut für Kriminologische Sozialforschung (IKS). Arbeitsstelle für wissenschaftliche Weiterbildung der Universität Hamburg (AWW). Ansprechpartner: Bettina Paul Universität Hamburg, Institut für Kriminologische Sozialforschung, Allende-Platz 1, 20146 Hamburg, Tel.: 040/42838-3322; Sekretariat: 040/42838-3329; Fax.: 040/42838-2328 [bettina.paul@uni-hamburg.de](mailto:bettina.paul@uni-hamburg.de)

**1./2. Oktober, Bremen.** „Vorwärts – und viel vergessen“. Geschichte sozialer Bewegungen. Kritische HistorikerInnen beschäftigen sich mit der Geschichte neuerer sozialer Bewegungen. Veranstalter Rosa-Luxemburg-Stiftung und AK Kritische Geschichte. Kulturzentrum ParadoX, Bernhardstr.12. [www.kritische-geschichte.de](http://www.kritische-geschichte.de).

**2. Oktober, Kiel:** Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) Bündnis 90/Grüne

**14.-17. Oktober, London:** Europäisches Sozialforum 2004. Das ESF wurde als Teil des Weltsozialforums (WSF) im brasilianischen Porto Alegre ins Leben gerufen. Die ersten beiden Foren fanden in Florenz (2002) und Paris (2003) statt. Das ESF bietet Gruppen und Organisationen aus Europa und der ganzen Welt die Möglichkeit, zusammenzukommen: soziale Bewegungen, Gewerkschaften, NGOs, Flüchtlinge, Friedens- und anti-imperialistische Gruppen, antirassistische Bewegungen, Netzwerke der Ausgeschlossenen etc. Gemeinsam wollen wir diskutieren, wie wir weltweit soziale Gerechtigkeit erzielen können – und wie eine andere Welt möglich werden kann (another world is possible). Mehr infos unter [www.fse-esf.org](http://www.fse-esf.org)

**23. Oktober, Duisburg.** Sozialabbau und soziale Gegenbewegungen in Westeuropa, mit TeilnehmerInnen aus Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Deutschland. Die Tagung soll einen vergleichenden Überblick über die spezifischen Formen der Umsetzung neoliberaler Politik und den damit verbundenen Sozialabbau in westeuropäischen Ländern und die sich dagegen entwickelnden sozialen und politischen Bewegungen dieser Länder ermöglichen. Veranstalter: Rosa Luxemburg Stiftung NRW.

**30./31. Oktober, Potsdam:** Parteitag der PDS, Neuwahl Parteivorstand

**31. Oktober, Brüssel:** Die Amtszeit der EU-Kommission endet

**2. November:** Präsidentschaftswahlen in den USA

**19./20. November, München.** Parteitag der CSU.

**3./4. Dezember, Berlin:** 10. Kongress Gesundheit und Armut. Der Austausch über Wissensstand, Entwicklungen und Lösungsansätze zu „Armut und Gesundheit“ wird auf dem Kongress in folgenden Themenbereichen vertieft: – Kinder- und Jugendgesundheit – Gesundheitliche Versorgung Wohnungsloser – Migration und Gesundheit – Altersarmut und Gesundheit – Arbeitslosigkeit und Gesundheit – Gesundheitsfördernde Stadt- und Gemeindeentwicklung – Abbau ungleicher Gesundheitschancen – Sucht und Armut – Patienteninteressen und Disease Management – AIDS und Armut – Behinderung und Armut – Armuts- und Gesundheitsberichterstattung – Gesundheitsziele gegen Armut – Neue Strukturen für Gesundheitsförderung – Internationale Debatten zu Armut und Gesundheit

**10. Dezember, Nürnberg:** Deutscher Menschenrechts-Filmpreis 2004.

**Hinweis:** die nächste Ausgabe der Politischen Berichte, Nr. 18/2004 erscheint wegen Verlagsferien erst in vier Wochen am 27. August.

**TOPTHEMA  
IM NEUEN  
HEFT**

# ABGEKANZELT

**BAYER und die Ev. Kirche.**

## STICHWORT

# BAYER

**Widerstand gegen Konzernmacht.**

**Konkret, spannend, international.**

Postfach 15 04 18 40081 Düsseldorf  
**Fon 02 11 - 33 39 11 Fax 02 11 - 33 39 40**  
 e-mail: [CBGnetwork@aol.com](mailto:CBGnetwork@aol.com) [www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)

**KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN, JETZT...**